

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Vollschickkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1,90 Mk., bei Vorkaufsschrift 2,30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1,70 Mk., Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Zusammentritt der französischen Kammer.

Angriffe der Royalisten auf Briand.

Paris, 18. Oktober. Die außerordentliche Session der Kammer ist heute nachmittag eröffnet worden. Briand erklärte, es sei gut, die Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung und über die auswärtige Politik der Regierung miteinander zu verbinden. Die Regierung stehe sofort zur Verfügung des Parlaments. Als erster Interpellationsredner debatierte der radikale Margaine, daß Deutschland einen beträchtlichen industriellen Einfluß im Industriegebiet von Oberschlesien behalten solle.

Der Sozialist Moutet interpellierte über die Maßnahmen, die getroffen werden müßten, um den Hungernden in Rußland Hilfe zu leisten. — In einer Zwischenbemerkung erklärte Briand, die französische Regierung und alle anderen Staaten des internationalen Hilfsausschusses hätten keinen Hintertgedanken und nur das Ziel im Auge, den Hungernden Hilfe zu bringen. Sie sei Menschenpflicht. Das Komitee habe aber die elementare Pflicht gehabt, sich zu versichern, daß die Hilfeleistung tatsächlich ihren Zweck erreiche und daß die Güter mit Nahrungsmitteln nicht geplündert würden.

Als dritter Interpellationsredner trat Doudet (Royalist) auf. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland sei fünf Wochen nach der Ermordung des Kommandanten Montalegre erfolgt. Die Regierung schiene Deutschland gegenüber eine klare, bestimmte Politik zu verfolgen, die zum Ausdruck kommt durch das Abkommen von Wiesbaden. — In diesem Augenblick unterbricht jemand von der Tribüne Doudet und nennt ihn einen Verräter seiner Partei. Der Rufstörer wird von der Saalbedienerin entfernt. Doudet fuhr fort, es scheint, daß die französische Regierung die Geschichte verkenne und wieder die Haltung des Besiegten einnehme, die vor Abschluß des Friedens von Versailles hätte gebilligt werden können, aber jetzt nicht mehr zulässig sei.

Briand erklärte, er wolle den Frieden anstreben, solange dies möglich sei, und er habe dem Lande den Rat gegeben, nicht auf Provokationen zu hören. — Doudet forderte die Kammer auf, allen Deutschen zu mißtrauen, namentlich aber Stresemann und Rathenau. Stresemanns Partei sei die alte Partei Bismarcks. Aber auch den Sozialdemokraten könne man nicht trauen.

Abg. Penroux debatierte, daß Briand die gerechte Sache des Obersten Rates nicht habe zum Siege führen können. Briand erwiderte, Frankreich sei im Obersten Rat nicht allein gewesen. Auch die Verbündeten hätten ihren Standpunkt vertreten. — Penroux sagte, er sei überzeugt, daß Lord George sich schließlich gebeugt und Briand recht behalten hätte. Der Anteil, den der Völkerbund Deutschland zugesprochen habe, komme für Deutschland vollkommen unerwartet. Daburgh behalte Deutschland die Möglichkeit, seine großen Kriegsarsenale in Oberschlesien wieder aufzurichten. Briand erwiderte, der Friedensvertrag zwingt Frankreich eine Solidarität auf, die es nicht ohne Gefahr aufgeben könne. Die Befehung des Ruhrgebietes sei eine Drohung gewesen. Sie wäre nur mit den Alliierten gemeinsam gemacht worden, wenn Deutschland das Ultimatum nicht angenommen hätte.

Nach einem heftigen Zwiegespräch zwischen den Abg. Penroux und Tardieu erklärte Briand, die Politik des Quai d'Orsay habe zu nichts geführt. Der französische Delegierte bei der Reparationskommission habe keine Instruktionen seiner Regierung gehabt. Das Land müsse sich Rechenschaft darüber ablegen, daß der Wechselkurs den Milliarden deutscher Goldmark ihre Bedeutung nehme. Deutschland habe bis jetzt bezahlt. Das Ultimatum sei angenommen worden. Was wolle man mehr? Hierauf wurde die Weiterberatung der Interpellation vertagt.

## Meinungsverschiedenheiten im Völkervertratt.

Der Völkervertratt ist bezüglich des Beschlusses von Genf noch immer nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen. Demzufolge verzögert sich die Bekanntgabe des Wortlautes weiter, so daß heute nicht abzusehen ist, wenn der Zustand der internationalen Spannung seine Lösung findet. Offizielle Berichte über die Verhandlungen der Völkervertrattkonferenz liegen nicht vor. Ueber den Charakter der Meinungsverschiedenheiten lassen nachfolgende Profestimmen einige Schlüsse zu.

Bei Parisien behauptet, daß sich seien alle Mitglieder der Völkervertrattkonferenz einig, daß man die Frage der deutsch-polnischen Grenzlinie nicht von den wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkervertrattsrats trennen könne. Frankreich wie England, wie auch einstimmig der Rat von Genf glaubten, daß es dem Geiste der vorgeschlagenen Lösung widersprechen würde, die wirtschaftlichen Empfehlungen als einen einfachen Wunsch aufzufassen. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß der Friedensvertrag nur die Notifizierung der Grenzlinie vorschreibe, aber nicht die der wirtschaftlichen Maßnahmen. Im Gegenteil, der Friedensvertrag schiene einige hindernde Bestimmungen, wie den Artikel 33 zu enthalten, der erkläre, daß die Funktion der internationalen Kommission in Oberschlesien im Laufe des Monats der Notifizierung ein Ende nehmen müsse. Das seien technische Fragen, die geklärt werden müßten, denn es handle sich darum, ein Verfahren zu bestimmen, daß sowohl legal als wirksam sei und gestatte, sowohl die Grenzlinie wie das wirtschaftliche Abkommen aufzuzwingen.

Deure teilt mit, daß in der ersten Sitzung der Völkervertrattkonferenz Jules Cambon die Ansicht ausgesprochen habe, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in dem Verlangen des Obersten Rates nicht vorgesehen seien, nicht absolut obligatorisch sein könnten. Der Völkervertratt Japan, Wikonté Tschii, und der englische Gesandte hätten erklärt, die Führer der Großmächte hätten sich am 12. August verpflichtet, die Lösung des Völkervertrattsrats in der Oberschlesischen Frage, so wie sie der Bund vorschlägt, anzunehmen,

so daß die wirtschaftlichen Klauseln nicht von den territorialen Klauseln getrennt würden. Deure erklärt, es sei deshalb eine gewisse diplomatische Gewagtheit zu behaupten, daß die Völkervertrattkonferenz die Lösung des Völkervertrattsrats zu der ihrigen gemacht habe.

Laut Daily Telegraph wird trotz der pessimistischen Berichte in britischen Kreisen erklärt, daß keinerlei ernste Differenz zwischen der britischen und der französischen Regierung über die beste Art der Durchführung der Empfehlungen des Völkervertrattsrats in der Oberschlesischen Frage entstanden ist. Die amtlichen französischen Kreise trennten ebensowenig wie die englischen die politische von der wirtschaftlichen Seite der Regelung. Die Einzelheiten eines so verwickelten Verfahrens könnten jedoch kaum ohne reifliche Erwägung geregelt werden.

## Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen.

London, 18. Oktober. Wie Reuters erfährt, haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkervertrattsrats mit Bezug auf Oberschlesien ohne jeden Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach ihnen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen des Verfahrens betreffend, insbesondere die Frage der Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkervertrattsrats überwachen soll. Es wird für wichtig angesehen, daß dies erledigt wird, bevor die neue Grenzlinie der deutschen und polnischen Regierung bekanntgegeben wird.

## Die Tiroler Heimwehr zur Separationsfrage.

München, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den bisherigen Nachrichten über Loslösungswünsche Tirols glaubt die Tiroler Heimwehr ein Bekenntnis zur Verfassung abgeben zu müssen. Am Montagabend fand in Innsbruck eine Versammlung der Tiroler Heimwehren statt. Der Landesführer Dr. Steidle erklärte, daß die Heimwehren treu auf dem Boden der Verfassung stünden und jeden Putschversuch, gleichviel, ob er von rechts oder von links komme, rücksichtslos niederzuschlagen werden. Dr. Steidle stellte die Heimwehr der Landesregierung zur Verfügung, falls es sich als notwendig erweisen würde, für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Landeshauptmann Dr. Stumpf, der an der Versammlung teilnahm, dankte für das Treugelübnis der Heimwehr.

Wenn sich die Heimwehr dem Landeshauptmann Dr. Stumpf zur Verfügung stellt, so bedeutet das eine Aenderung ihrer bisherigen Haltung, denn der Landeshauptmann ist erklärter Anhänger einer Selbständigmachung Tirols.

## Der Vorwärts zur Erfassung der Sachwerte.

Berlin, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der Versicherung des Vorwärts steht das Unternehmertum einer Erfassung der Sachwerte grundsätzlich nicht mehr mit derselben Ablehnung gegenüber, die es bisher an den Tag gelegt hat. Für die Arbeitnehmer, sagt der Vorwärts, sei es eine Frage der Grundsätze, nicht der Taktik, wie jetzt das Reich zum Ausgleich seines Haushalts gebacht werden könne. Eine Kreditaktion der Industrie könne nur als eine vorläufige Regelung der in jedem Falle notwendigen Erfassung der Sachwerte anerkannt werden, aber auch dann müßten die Kredite hinreichend groß sein, um dem Reich wenigstens eine Erleichterung zu verschaffen. „Es kann nicht die Rede davon sein,“ fährt der Vorwärts fort, „daß das Kreditangebot von der Arbeiterschaft abgelehnt werden muß, annehmbar wird es aber erst dadurch, daß es eine brauchbare Höhe hat. Wir wollen nicht noch einmal darüber berichten, wie oft sich die Ansichten der Unternehmer geändert haben, um die Verhandlungen nicht zu gefährden, aber gerade deshalb, weil für die Höhe der Kredite bindende Verpflichtungen nach keiner Seite vorliegen, wahrscheinlich auch nie werden abgegeben werden können, kann ein Kreditabkommen zwischen Reich und Industrie nur als eine Abschlagszahlung auf eine Sachwertsteuer angesehen werden. Dazu ist ein Ausbau des Steuerprogramms in der Verwirklichung der Erfassung der Sachwerte erforderlich. Für die Industrie ist sie durch eine unmittelbare Beteiligung des Reiches am leichtesten gegeben, die Landwirtschaft und ein Teil des Gewerbes werden aber selbst durch die Neuregelung noch zuwenig herangezogen, es ist daher notwendig, daß eine gerechte Reichsgrundsteuer, ähnlich wie die in Oesterreich, vorgesehen und eine Gewerbesteuer in das Steuerprogramm eingeseht wird. Ferner ist die Erhebung der Vermögenssachsteuer und insbesondere der Eisenumsatzsteuer eine zwingende Notwendigkeit, will man nicht dem Spiel mit dem deutschen Volksvermögen und dem Raubbau an der deutschen Volkskraft noch Vorschub leisten, anstatt den Teil des Produktionsertrages dem Reich zu sichern, der jetzt verarmt wird.“

## Schnapsgechichten.

Ein besonderes Kapitel agrarischer Liebesgabenpolitik. Von Fritz Buchta.

Der Schnaps hat in der deutschen Politik schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. Schnaps wird aus Spiritus gemacht und den Spiritus brennen in der Hauptsache die Großagrarier aus Kartoffeln und Getreide. Das war schon immer ein treffliches Geschäft. „Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft“, sagt sich jeder junkerliche Schnapsbrenner. Der Zusammenschluß der Schnapsbrenner war stets ein vorbildlich guter. Die Spirituszentrale der Vorkriegszeit war mehr als eine Vereinigung zur Profitmacherei. Sie war eine Körperschaft von ungeahntem politischem Einfluß. In der Spirituszentrale waren die Spitzen jener exklusiven Kreise vereinigt, die in der Glanzzeit des alten junkerlich-monarchistischen Deutschlands Minister machten oder sie purzeln ließen. Infolge ihrer starken Stellung in der inneren Politik Deutschlands griff der Einfluß der Schnapsbrenner über auch auf die Außenpolitik. Nur ganz Eingeweihte wußten, in welchem großen Maße die Männer vom Spiritus das Schicksal des deutschen Volkes beeinflussten.

Krieg und Revolution kamen. Die Spirituszentrale lebt heute nicht mehr. Aber die Spiritusbrenner sind noch da und erfreuen sich eines robusten Wohlergehens. Mag der junkerlich-agrarische Einfluß auf die Politik der Republik nicht mehr so unmittelbar sein wie einst im monarchistischen Deutschland, so können sich die Ritter vom Brennkessel doch damit trösten, daß die Wässerlein ihres Profitmachens heute fröhlicher plätschern als je zuvor.

Um es gleich rund heraus zu sagen: Die Schnapsbrennerei leidet heute nicht und voll auf Kosten der fast bankrotten Reichskasse. An Stelle der Spirituszentrale des Brenngewerbes ist vor einigen Jahren das Reichsmonopol für Branntwein getreten. Hatten früher die Brenner selbst für den Abfluß ihres Gifts zu sorgen, so sind sie heute dieser Sorge enthoben. Im Rohmen eines bestimmten „Brennrechts“ verwandeln sie Kartoffeln und dergleichen in Spiritus und liefern diesen an das Monopolamt. Dieses hat dafür einen bestimmten Preis zu zahlen, der von einem Beirat festgesetzt wird. Was das Reich mit dem Spiritus anfängt, ist seine Sache. Auch wenn es keinen Abfluß findet, muß es den anstehenden Spiritus der Brenner übernehmen und zum festgesetzten Preis bezahlen.

Nun ist der Schnapsverbrauch in Deutschland stark zurückgegangen. Die Ernährungsnot machten es nötig, die Verwendung von Nahrungs- und Futtermitteln in Spiritus einzuschränken. Die Brenner bekamen nur einen Teil ihres Brennrechts zur Ausnutzung freigegeben. Darüber regelmäßig starkes Grollen der Brenner. Als im vergangenen Jahr den Kartoffelbrennern ein Drittel ihres Brennrechts freigegeben war, wurde dieses Recht von ihnen nicht ausgenutzt und damit Unflut und mit ganz bestimmten Absichten in Deutschland ein Spiritusmangel von solchem Umfang herbeigeführt, daß eine Bedrohung der Spiritus verarbeitenden Industrien entstand. So wurde die Regierung veranlaßt, die bis dahin verbotene Verarbeitung von Mais zu Spiritus freizugeben. Dieser Mais mußte vom Ausland eingeführt werden. Auch ein gut Teil des mit Reichsmitteln zu Futterzwecken verbilligten Mais wurde zu Schnaps gemacht. Im Beirat setzten die hochfeudalen Herren treffliche Übernahmepreise fest. Und nun begann eine Katastrophe.

In unerhörten Mengen strömte jetzt dem Monopolamt des Reiches Spiritus zu. Welt mehr als je wieder abgesetzt werden kann. Das Spiritusmeer schwoll und brauste. Die Monopolverwaltung versank in ihrem Vorrat. Vom März bis Juni 1921 stieg das Meer von Vorräten an Spiritus um eine Million Hektoliter an! Am 31. September war der Vorrat auf über anderthalb Millionen Hektoliter angeschwollen!

Was nun? Der Spiritusverbrauch für das ganze kommende Jahr kann auf höchstens eine Million Hektoliter geschätzt werden. Wenn in dem am 1. Oktober begonnenen neuen Brennjahr ein Drittel des Brennrechts der Spiritusmacher ausgenutzt werden darf, dann wird Deutschland am Ende dieses Jahres zwei Millionen Hektoliter Spiritus vorrätig haben. Das ist der Bedarf bis Ende 1924! Die Schnapsbrenner sind aber keineswegs gewillt, dann etwa die Schleusen ihrer Spiritusbäche zu verschließen. Im Gegenteil. Sie fordern, daß noch viel mehr Spiritus erzeugt werden darf und vom Reich zu festgesetzten Preisen übernommen wird.

Für die festigen Preise sorgt der Beirat. Das ist eine Körperschaft von ganz besonderer Art. Es sitzen darin stimmberichtig:

Fünf Mitglieder des Reichsrats, davon sind heute vier ablige Herren. Ihrem Beruf nach sind zwei Oberregierungsräte, zwei Ministerialdirektoren, ein Staatsrat. Fünf Mitglieder vom Verwertungsbund deutscher Spiritusfabrikanten (die frühere Spirituszentrale). Alle fünf sind Großagrarier junkerlicher



Art und Spiritusinteressen, zwei davon sind Hauptblätter.

Fünf Mitglieder vom Reichsfinanzministerium berufen. Auch hier ist der agrarische Einfluß hervorzuheben und die Interessenvertretung offensichtlich. Die fünf Herren vertreten die Kornbrennerei, die Melassebrennerei, die Getreidebrennerei, die Obstbrennerei und die Reinigungsanstalten.

Diesem fünfjährigen Mitglieder stehen drei Stimmen der Monopolverwaltung gegenüber. Der Reichstag ist nur dekorativ vertreten. Er entsendet in diese Körperschaft fünf Mitglieder. Auch hier hat das Junkerlich-agrarische Interesse seine Positionen. Unter diesen fünf sind: der Schnapsbrenner und deutschnationale Abgeordnete v. Dietrich sowie zwei weitere agrarische Abgeordnete. Die ganze proletarische Einkommensklasse durch eine einzige Stimme zur Geltung!

In diesem Beirat feiert der berühmte Erwerbssinn unserer patriotischen Ritters von Art und Hofm staunenswerte Triumphe, die nur ganz selten durch einen Einspruch des Reichsrats etwas gestört werden. Bei der Berechnung des den Brennern für ihren Spiritus aus Reichsmitteln zu zahlenden Uebernahmepreises kennt die Kampfesfreudigkeit und sprichwörtliche Kühnheit der Agrarier im Fördern keine Grenzen. Bei der Berechnung des Wertes der in der Spiritusfabrikation zu verarbeitenden Rohstoffe (Kartoffeln, Mais) entbrennt regelmäßig der Hauptkampf. Obwohl zu Brennwecken nur verdorbene, für Schwefel unbrauchbare Kartoffeln verwendet werden dürfen, geht das Bestreben der Schnapsbrenner dahin, für diesen Abfall ihrer Kartoffelfelder den vollen Preis für Speisekartoffeln zu erhalten. Im Vorjahre wurden die Produktionskosten für Speisekartoffeln von der gewöhnlich nicht agrarierfeindlichen Induskommission mit zwanzig Mark festgesetzt. Im Beirat des Branntweinmonopolsatzes setzen die Agrarier durch, daß der für die Spiritusbereitung in Frage kommende Kartoffelabfall mit 19,50 Mk. berechnet und ihnen bezahlt wurde! Im neuen Jahre haben sie diesen Kartoffelpreis auf 35, ja 40 Mark festsetzen lassen. Und da der Spiritusübernahmepreis von 600 auf 1000 Mk. erhöht wurde, haben sie ihre eizernen wucherischen Pläne in weitem Maße durchgeführt.

Das Reich ertrinkt in unverkäuflichem Spiritus, muß aber trotzdem auch im neuen Jahre das überflüssige Zeug kaufen und dafür einen gewaltig gesteigerten Preis bezahlen! Bei diesen Preisen werden die Junker ihr Brennrecht ausnützen bis zum letzten Tropfen.

Sie fordern gebieterisch, daß ihnen die Freiheit gegeben werde, noch viel mehr Spiritus zu brennen, als es ihnen im vergangenen Jahre gestattet war. Sie trumpsfen mit dem Argument auf, daß sie alles ja nur fürs liebe deutsche Volk tun. Sie sagen: bei der Verwandlung von Kartoffeln zu Spiritus bleibt ein Rückstand, die Schlempe. Diese Schlempe ist das Vieh und bekommt davon rote Backen. Das mit Schlempe gefütterte Vieh gibt viel Milch und viel — Mist. Viebes kommt dem armen leidenden Volk zugute. Also: wenn auch das Reich im Spiritusmeer untergeht und die Kasse vor lauter Zahlungen an die Spiritus liefernden Agrarier leer wird, — es geschieht alles zum Heil des Vaterlandes und des Volkes!

Die Komödie ist zu lächerlich, als daß viel dazu gesagt zu werden braucht. Trotz der Milchproduktion an Spiritus im vergangenen Sommer ist eine Verbesserung der Milchlieferung unserer Städte nicht erfolgt und die Preise für die Milch sind, in wirbelndem Tempo emporgeschossen. Damit widerlegen sich die Brennerargumente von selbst.

Der Spiritusfabrikation muß Einhalt geboten werden. Diese Liebesgabenwirtschaft, die eine volkswirtschaftliche und finanzpolitische Tollheit darstellt, muß aufhören! Jetzt lagern Milliardenwerte tot in den überfüllten Spirituslagern der Monopolverwaltung. Dabei weiß das Reich nicht, woher es die Mittel nehmen soll, seine dringenden Verpflichtungen zu erfüllen. Jeder Hektoliter Spiritus, der auf Vorrat liegt (und wir haben anderthalb Millionen Hektoliter auf Vorrat!) kostet jährlich allein an Verzinsung des darin stehenden Kapitals und an Lagergebühren weit über hundert Mark. Dazu kommen bedeutende Verluste durch Schwund. Um Raum zu schaffen für den unaufhörlich aus den Junkergütern heranwogenden Spiritus, muß jetzt das Monopolamt dieses teuer bezahlte Zeug um Spottgeld an die Benzolindustrie zu Treibwecken verkaufen oder zu Schlenbereiten ins Ausland abstoßen. Summen von phantastischer Höhe gehen dabei verloren und müssen durch die Steuerzahler wieder aufgebracht werden.

Die Regierung hat für das neue Jahr den Kartoffelbrennern ein Brennrecht von zwanzig Prozent zugesprochen, aber die Verwandlung von Mais zu Spiritus anscheinend ohne jede Einschränkung freigegeben. Die für das neue Jahr bewilligten Spiritusübernahmepreise werden bewirken, daß die höheren Maispreise kein Hindernis sein werden, in ganz riesigem Ausmaße die Spiritusproduktion zu steigern. So stehen wir vor ganz toffen Dingen. Es werden weiterhin Milliarden zur Herstellung eines für uns unbrauchbaren Produkts verschwendet und vergebend werden.

In diese unerhörte Wirtschaft muß ein trachendes Donnerwetter allgemeiner Empörung fahren. Diese Liebesgabenpolitik gegenüber gewissen Schichten eines setzgewordenen Großagrarertums darf keine vier Wochen länger gebildet werden.

## Die Berliner Wahl und die Regierungsbildung.

Den bürgerlichen Parteien ist ob des Ausfalls der Wahl in Berlin gehörig der Kamm geschwollen. Zwar haben sie sich durch die Aussperrung der Berliner Buchdrucker selbst den Mund verschlossen, immerhin fühlen sich einige derselben nicht an das Gebot der kapitalistischen Solidarität gebunden und lassen ihren Jubel erkennen über diesen „Sieg“ des Bürgertums. Es ist selbstverständlich, daß alle die bürgerlichen Pressestimmen unter dem Gesichtswinkel der Regierungsbildung stehen. Sie fordern gebieterisch, daß der Ausfall der Berliner Wahlen bei der Regierungsbildung gebührende Berücksichtigung finde. So schreibt die Deutsche Zeitung:

„Darum wird das Berliner Wahlergebnis auch von den Herren nicht unbeachtet bleiben können, die jetzt die Neuverteilung der Ministerposten in Preußen und im Reich still unter sich abmachen wollen. Hunderttausendwählerstimmen mehr für die Deutschnationalen Volkspartei in Berlin! Die Zahl beträgt etwas. Sie beträgt sogar sehr viel. Man kann um sie nicht gut herumkommen, besonders wenn man in einem demokratischen

Staat lebt. Sie nicht zu beachten, dürfte vielleicht auch nicht ganz ungefährlich sein. Kommende Wahlen könnten dann noch gewaltigere Ueberraschungen bringen, und daß das Kabinett Wirth nach dem Berliner Wahlsonntag auch ohne Neuwahlen im Amt verbleibt — — — Wir leben doch in einem demokratischen Staat!“

Der Hinweis der Deutschnationalen auf den „demokratischen Staat“ ist gewiß nicht ohne humoristischen Beigeschmack. Sonst haben sie für den Gedanken der Demokratie während nur Hohn und Spott gehabt. Auch das Organ „Stimme“ gefällt sich in einem ähnlichen Tone und folgert aus dem Ergebnis der Wahlen, daß die Wählerschaft durch ihr Votum die Vorbereitung der Regierung nach rechts gebieterisch gefordert habe. Inzwischen haben am gestrigen Tage die Verhandlungen im Reichstage über die Umbildung der Regierung ihren Fortgang gefunden, ohne aber zu einem Resultat zu gelangen. Während auf der einen Seite die Ansprüche der bürgerlichen Parteien durch den Wahlausfall gestiegen sind, scheint es, als ob den Sozialdemokraten das momentani von Berlin das Rückgrat gesteiht hätte insofern, als sie nunmehr entschiedener als vorher für die Beibehaltung des Systems Wirth einzutreten gewillt sind. Wir haben bereits gestern von einem Ausspruch des Vorwärts Notiz genommen, aus dem der Wille zu ersehen war, in der Regierungsgestaltung sich nach links konzentrieren zu wollen. Nicht ohne Interesse sind weiterhin Neuerscheinungen, die wir der Sozialistischen Korrespondenz entnehmen. Heilmann verbreitet sich darin über den Ausfall der Berliner Wahlen und erklärt, daß der Oberst v. Kandler seine Parole verweklichlich habe, indem er in Berlin die baprtische Schlapppe, den Rücktritt der Kahr, Pochner und Roth, „doppelt und dreifach“ weisgemacht habe. Die Hauptschuldigen am Ausfall der Wahl seien in erster Linie die Kommunisten, sowie das halbe Dutzend anderer kommunistischer Gruppen, die den Deutschnationalen und der Partei Knüppelstanges die Wege geebnet hätten. Naturgemäß tragen nach seiner Auffassung auch die bösen Unabhingigen einen Teil der Schuld.

„Aber, sagt er, der dritte Schuldige an der juristbaren politischen Entwicklung in Berlin ist die Sozialdemokratie selber. Auch da hilft kein Zeugnen und Bestreiten — die Zahlen sind eindeutig. . . . Von den Reichstagswahlen 1920 bis zu den Preußenwahlen 1921 schmolz die USV. von Tag zu Tag sichtlich zusammen, und Jehnlaufsende ihrer Anhänger strömten zur alten Fraktion zurück. Seit dem Görlitzer Beschluß hat diese Entwicklung nicht nur aufgehört, sondern sich geradezu ins Gegenteil verkehrt. Die USV., die um Ausschließen reif war, hat sich wieder gefestigt, und sollte der Görlitzer Beschluß je in die Tat umgesetzt werden, dann wird die Partei eine schwerere Krise durchzumachen haben als in der schlimmsten Nozot-Zeit. Die Niederlage der Berliner Sozialisten ist auch eine Niederlage der Liste Franz Krüger, der Stadtwahlliste der Sozialdemokratie.“

Der Kassenkammer der Rechtssozialisten ist durch die Charakteristik Heilmanns in vollem Ausmaße zu erkennen. Gewiß sind auch wir durchaus nicht in der Lage, ob des Ausfalls der Wahlen Lobeshymnen anstimmen zu dürfen, immerhin hat unsere Partei, wie an anderer Stelle nachgewiesen wird, noch das relativ beste Ergebnis zu verzeichnen. Wenn der Gedanke des Sozialismus bei den Berliner Wahlen eine so empfindliche Schlappe erlitten hat, dann ist das nicht zum wenigsten, wie Heilmann mit vollem Recht sagt, auf den Görlitzer Beschluß zurückzuführen, der die Verwirrung in den Reihen der Arbeiterschaft ins Unendliche vergrößerte und von neuem Tausende von Arbeiterwählern in das Lager der Partei des Indifferentismus trieb.

Heilmann erklärt, daß nunmehr endgültig mit der bisherigen Politik Schluss gemacht werden müsse. Nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch sei es höchste Zeit, daß sich die Arbeiter zu einer „einheitlichen und vernünftigen Politik zurückfinden“. Nicht wenige Kreise der Arbeiterschaft, insbesondere die der USV., waren freilich der Hoffnung, daß in Görlitz bereits die Basis für ein derartiges „Zurückfinden“ geschaffen werde. Aber gerade der Beschluß von Görlitz hatte eine derartig destruktive Wirkung, daß das Ergebnis nur eine weitere Zerstückelung in den Reihen der Arbeiter war, die unter dem Eindruck der Erzbergerdemonstrationen mit aller Entschiedenheit für einen größeren Zusammenschluß wirkten.

Der Fall Wirth, schreibt Heilmann, mag ein letzter Prüfstein sein. Sind Demokraten und Zentrum so reaktionär geworden, daß Wirth fallen muß, was zum Teufel haben Sozialdemokraten dann noch mit ihnen in einer Koalition zu suchen? Dann ist es höchste Zeit, der Koalitions- und Regierungspolitik, die nach unserer Ueberzeugung zu ihrer Zeit richtig und notwendig war, ein Ende zu machen und gemeinsam mit den Unabhängigen im Reich wie in den Ländern, die keine sozialistische Mehrheit haben, in die Opposition zu gehen. In einer Opposition ohne Rücksicht auf die Regierungsfähigkeit, in eine Opposition auf lange Sicht, wenn nötig auf 20 Jahre. Im Kabinett Wdenauer oder — da dieser ablehnen soll — im Kabinett Marx mit den Volksparteikern zusammen haben die Sozialdemokraten nichts zu gewinnen; ihr Eintritt in ein solches Kabinett wäre nur der Auftakt zu neuen schwarzen Wahltagen.

Das Urteil, das Heilmann hier über die Koalitionspolitik der bürgerlichen Parteien fällt, ist nicht nur eine Beurteilung der Politik, wie sie die bürgerlichen Parteien gegenüber dem Kabinett Wirth betrieben, sondern eine Beurteilung der ganzen Koalitionsstatistik, wie sie von den Rechtssozialisten seit Jahren betrieben worden ist. Endlich sehen sie ein, daß selbst unter den günstigsten Verhältnissen einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien sehr enge Schranken gesetzt sind, daß letzten Endes nicht die bürgerlichen Parteien, sondern die Partei des Proletariats, wie sich durch unendliche Beweise erhärten ließe und erst jetzt wieder Berlin am besten zeigte, der Leidtragende ist. Die Versicherungen Heilmanns, die man belächeln aus zahllosen andern Bemerkungen der rechtssozialistischen Presse vernachlässigen könnte, bezugen erneut, wie notwendig es war, daß unsere Partei die Koalitionsbestrebungen der rechtssozialistischen Partei mit aller Energie bekämpfte, sie zeigen aber auch, welchen Schaden der Beschluß von Görlitz der Sache des Proletariats gebracht hat.

## Das Ergebnis der Berliner Wahlen.

Berlin, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einem Vergleich der Ziffern der abgegebenen Stimmen bei der Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl mit den Stimmen der Wahl zum preußischen Landtag im Februar d. J. ergibt sich, daß insgesamt im Oktober weniger Stimmen abgegeben wurden als im Februar, was in der Hauptsache mit dem Unterschied in der Zahl der Wahlberechtigten zusammenhängt. Alle Parteien haben also Einbuße erlitten, aber diese Verluste verteilen sich nicht auf alle gleichmäßig. Die Zahlen der ab-

gegebenen Stimmen liefern kein klares Bild, es ist nötig, die Prozentzahlen zu betrachten, dann ergeben sich folgende Verhältnisse: Rechtssozialisten 20,4 Prozent, Kommunisten 18,8 Prozent, Demokraten 17,8 Prozent, Deutsche Volkspartei 17,6 Prozent, Deutschnationale 16,2 Prozent, Wirtschaftspartei 15,7 Prozent, Zentrum 14,9 Prozent, Unabhängige 3,9 Prozent. Mit andern Worten, die USV. hat bei weitem am besten abgeschnitten, ihr Stimmenrückgang ist wesentlich geringer als der aller andern Gruppen. Besonders stark tritt die Differenz zwischen ihr und den beiden andern Arbeiterparteien in die Erscheinung. Der Rückgang der Rechtssozialisten ist um 16,5 und der der Kommunisten um 14,9 Prozent größer als der der Unabhängigen.

Berlin, 17. Oktober. (WZ.) Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbureaus sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1672511 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 845773 und auf die drei sozialistischen Parteien 826740 Stimmen entfielen.

Am einzelnen entfielen auf die

S. V. D.	343 685
H. S. V. D.	323 085
K. P. D.	159 070
ferner auf die	
Deutschnationale Volkspartei	288 088
Deutsche Volkspartei	251 728
Deutschdemokratische Partei	122 917
Zentrum	61 433
Wirtschaftspartei	84 370
Deutschnationale Partei	11 830
Deutschnationale Wählerschaft	5 978
Ordnungsblock	9 078
Freie Vereinigung	9 403

Danach werden die bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbindungen auch nur in gleicher Stärke, mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einziehen. Jetzt schon ihre genaue Stärke anzugeben, wäre verfrüht, da erst noch die Sitzungen des Kreiswahlprüfungsausschusses am 20., 22. und 25. d. M. abgewartet werden müssen.

Nach einer Berechnung des Vorwärts wird die Verteilung der Mandate folgendes Bild ergeben:

Sozialdemokraten	48
Unabhängige	43
Kommunisten	21
Sozialisten . . . 110	
Demokraten	17
Wirtschaftspartei	11
Zentrum	8
Deutsche Volkspartei	35
Deutschnationale	48
Deutschnationale	1
Bürgerliche . . . 115	

## Die Offensive des Unternehmertums.

Millionensammlungen für die Propaganda des Unternehmertums.

Das deutsche Unternehmertum hält den Zeitpunkt für gekommen zu einem allgemeinen Angriff gegen die Arbeiterkassen. Es will nicht nur die Lohnbewegungen, die auf die ungeheure Teuerung der letzten Wochen naturgemäß folgen müssen, abwehren, sondern will selbst die Offensive ergreifen und den „Arbeitsgebankten“ propagieren; „die innere Kampffront des Unternehmertums“ stärken.

Wie dies geschehen soll, darüber geben drei vertrauliche Schriftstücke Auskunft, die unser Mannheimer Bruderblatt Tribüne zu veröffentlichen in der Lage ist.

In dem ersten Rundschreiben, daß von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, E. B., an die Mitglieder dieser Vereinigung ausgesandt wurde, heißt es unter anderem: „In der Sitzung des großen Ausschusses der Vereinigung am 10. August wurde die Anregung gegeben, daß von der Vereinigung der Verbände ein bestimmter Satz für die Beihilfe vorgeschlagen werden möchte. In Verfolg dieser Anregung bemerken wir, daß bei einer einmaligen Umlage von etwa 1 Mark auf den Kopf des Arbeiters, diese Maßnahme, wenn sie von sämtlichen Verbänden durchgeführt wird, genügen würde, um die zunächst unbedingt notwendigen Mittel zusammenzubringen. Wir bitten aber unsere Mitgliedsverbände weiter, über diese Umlage hinaus die großen kapitalträchtigen Firmen und Konzerne veranlassen zu wollen, insbesondere die Umlage für diesen besonderen Zweck auf das angegebene Konto (Diskontogesellschaft Berlin W 8, Unter den Linden 15, Konto Propagandafonds der Vereinigung) zu machen. Darauf wären wir endlich, wenn die vom Vorstand und Ausschuss der durchgeführt wird, genügen würde, um die zunächst unbedingt notwendigen Fonds so schnell wie möglich in die Wege geleitet würde.“

Zu welchem Zwecke dieser aufzubringende Millionenfonds verwendet werden soll, wird in einem zweiten geheimen Rundschreiben näher ausgeführt. Seuchersich heißt es eingangs:

„Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wird die deutsche Arbeiterkassen wieder einmal gegen ihren Willen zum Kampfe gezwungen werden. Aus Anlaß der Brotverteuerung halten die Spitzenverbände der Arbeiter und Angestellten es für angebracht, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine außerordentliche Agitation zu entfalten. Noch spricht man nur von Lohnforderungen, aber im Hintergrunde steht ein Ziel, das viel weiter geht. Die deutsche Arbeiterkassen will diesen Kampf, der auf Kosten unserer gesamten Volkswirtschaft geht, nicht.“

Wenn also die Arbeiterkassen bereit ist, die Teuerung nicht hinzunehmen und auf Lohnverhöhung zum Ausgleich der Teuerung zu verzichten, die unverkäuflichen Gewinne des Unternehmertums, man denke nur an die Wolltaggewinne der Exportindustrie, unangestastet zu lassen, wollen die Unternehmer den Kampf nicht und „müssen ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen“, aber, und darauf wird in dem Rundschreiben der Nachdruck gelegt,

„wenn er doch kommen sollte, müssen wir in der Lage sein, die Drohung in Ruhe aufzunehmen. Dieses können wir nur, wenn wir Arbeitgeber in geschlossener innerer Front einig zusammenstehen, und wenn wir uns Mühen schaffen, um der Agitation der Gegenseite in der Öffentlichkeit standzuhalten und ihr zu begegnen.“

Der Vorstand und der große Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hält es daher für unumgänglich notwendig, daß durch eine umfassende Propaganda alle Verbände unter Leitung ihrer Spitzenorganisation mehr als bisher in der Öffentlichkeit den „Arbeitsgebankten“ mit seinen Leiden und Forderungen vertreten, und daß andererseits die innere Kampffront der deutschen Arbeiterkassen gestärkt wird. Diese Kräftigung der inneren Front ist um so notwendiger, als sich ja bekanntlich gerade in letzter Zeit die großen Organisationen der Beamten mit denen der Arbeiter und Angestellten grundsätzlich auf gewerkschaftlicher Anschauung geeinigt haben.“

Das wirksamste Mittel zur Stärkung der inneren Kampffront und des „Arbeitsgebankens“ erblickt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in der Propaganda, für die die eifrigsten Mittel, von denen in dem ersten Rundschreiben die Rede ist, gesammelt werden sollen.

Ueber das Wesen dieser Propaganda erfahren wir aus dem Rundschreiben das folgende:

„In der Sitzung des großen Ausschusses der Vereinigung am 10. August, in der die Vertreter der großen Fachverbände und regionalen Spitzenvereinigungen anwesend waren, hat der stellvertretende Vorsitzende des Propaganda-Ausschusses das Propagandaprogramm der Vereinigung eingehend entwickelt und bekräftigt und im vollen Maße die Zustimmung der Versammlung gefunden. Auf Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen, verbietet die Ver-



traulichkeit des Gegenstandes. Es sei nur gesagt, daß die Erreichung des angegebenen Zieles mit allen nur möglichen und bewährten Mitteln der Propaganda unter Leitung und tätiger Mitarbeit der Herren des Propaganda-Ausschusses erstrebt werden soll.

Auf Einzelheiten einzugehen, verbietet die Vertraulichkeit des Gegenstandes, das heißt also, es sollen unmaßgebliche Methoden angewendet werden, über die man nicht einmal in einem vertraulichen Rundschreiben sich auslassen möchte. Neben dem Haupt der bürgerlichen Presse und namentlich der sogenannten unparteilichen Lokal- und Generallanzen-Presse, ist hierbei an die Ausschaltung einzelner Arbeiter und höchstwahrscheinlich auch an die Aufspaltung der Massen gedacht, mit deren Hilfe man den bestehenden Kampf der Arbeiter gegen die Teuerung durchkreuzen möchte.

Über, mögen die Unternehmer, wie es der Verband der Metallindustriellen Wägers, der Pöhl und angrenzender Industriezweige in dem letzten, von Lar Mannheimer Tribune veröffentlichten vertraulichen Rundschreiben vom 2. Oktober 1921 von seinen Mitgliedern verlangt, Willkürer sammeln, alle Maßnahmen der Arbeiter werden zerschlagen und aufgehoben werden, wenn die Arbeiter sich nicht freiwillig der Unternehmung angeschlossen haben. Wie notwendig diese Geschlossenheit ist, zeigen die peinlichen Wählerereignisse, die in dem vertraulichen Rundschreiben zum Ausdruck kommen.

## Der weiße Fleck in der roten Fahne.

Schlagkräftige Argumente Nemeses und Hörnles.

Die kommunistischen Offiziere ohne Soldaten, die Lewi und Däumig, wollen nun doch darangehen, eine neue Partei zu gründen. Zu diesem Zwecke hatte in Berlin am Freitag voriger Woche Max Sievers an eine Reihe kommunistischer Einladungen zu einer Zusammenkunft verfaßt. Als Referent war Ernst Däumig in Aussicht genommen. Nach einem Bericht hatten etwa 40 Personen der Einladung Folge geleistet, aber auch nicht-eingeladene Mitglieder der KPD, unter der Führung Nemeses und Hörnles waren erschienen. Da diese Nicht-eingeladenen, was die „rote Fahne“ gütlich verschweigt, sofort bei ihrem Eintreffen Kadava machten und mit Stuhlbeinen und Biergläsern die Arbeit zu beenden begannen — die „rote Fahne“ umschreibt dies also: „Unsere Genossen wollten eine politische Aussprache erzwingen“ — schloß Sievers die Versammlung, wobei es zu stürmischen Austritten kam und zu sehr blutigen Rufen, fügte wir bei. Die Redaktion der „roten Fahne“ hatte zweifellos auch Einzelheiten über die „stürmischen Austritte“ bereits in Druck gegeben und lassen lassen, aber die betreffenden Stellen erschienen in dem zum Verkauf gelangten Exemplaren mit einem weißen Fleck, d. h. sie wurden aus gewissen Gründen entfernt. Nur soviel erfahren wir noch aus der Notiz der „roten Fahne“, daß 12 Parteimitglieder infolge der „stürmischen Austritte“ und der Ueberzeugungskraft der von Nemeses und Hörnles Anhang geschwungenen Stoffe aus der KPD, ausgetreten sind, unter ihnen der bekannte Führer der kommunistischen Metallarbeiter Oskar Rusch, ebenso Georg Hande, der Leiter der Zentrale für kommunale Angelegenheiten.

Damit ist der Zusammenhalt in der kommunistischen Partei zweifellos „beendet“ worden. Ob sich die Däumig und Lewi nun endlich den schlagkräftigen Argumenten der Nemeses und Hörnles beugen werden? Der „glorreiche“ Parteitag von Halle hat in diesen Tagen sein erstes Jubiläum gefeiert. Was ist in diesem einen Jahre aus der Gründung Sinowjews geworden? Sie ist in tausend Atome zerklüftet worden, die auch die Spalter von Halle, die Däumig und Hoffmann nie mehr zusammenzufassen vermögen.

## Streik der bürgerlichen Stadtverordneten in Zeitz.

Die bürgerlichen Stadtverordneten der Stadt Zeitz, 18 an der Zahl, trafen sich im Stadtparlament, wo sie einer sozialistischen Mehrheit gegenüberstehen, gar nicht wohl. Sie haben deshalb beschließen, ihre Tätigkeit „bis auf weiteres“ einzustellen. In einem Aufruf „An unsere Zeitzer Bürger“ begründen sie ihre Arbeitseinstellung damit, daß sie in der Stadtverordnetenversammlung von der linken Seite fortgesetzt unbedeutend verdrängt und sogar „mit der Gewalt der Straße an Leib und Leben bedroht“ würden. In unserer Zeitzer Parteiblatt zu dieser Erklärung bemerkt, ist diese Behauptung eine grobe Lüge. Der Volksbote fragt die Herrschaften, ob ihnen jemals ein Haar gekrümmt worden sei und wo man ihr Leben jemals bedroht habe. Unser Parteiblatt erinnert daran, daß selbst dem mitunterzeichneten Stadtverordneten Dr. Richter, der leinzeitig die Arbeitseinstellung mit dem Lettow-Borbeck-Rummel provoziert hat, nicht das geringste geschehen ist. Bezeichnend ist es, daß sich in der Gesellschaft dieser Reaktionen auch die Demokraten befinden.

Der Zweck, den die bürgerlichen Saboteure des Stadtparlaments mit ihrem Vorstoß verfolgen, ist klar ersichtlich. Sie hoffen, durch ihre Arbeitseinstellung die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu erreichen, um bei den Neuwahlen die sozialistische Mehrheit besitzeln zu können. Sie rechnen damit, daß der preussische Innenminister, der sogenannte „Demokrat“ Dominicus, für ihre Notwendigkeit zeigt und das Stadtparlament auflöst, wie er es in anderen Städten aus ähnlichen Anlässen schon wiederholt getan hat. Die Zeitzer Reaktionen haben also alle Aussicht, daß ihnen der demokratische Minister hilflos überlassen bleibt. Anders freilich sieht es mit ihrer Spekulation auf die Zertrümmerung der sozialistischen Mehrheit bei den Neuwahlen. Hier dürfte ihnen die Zeitzer Arbeiterklasse einen dicken Strich durch ihre Rechnung machen.

## Ein bayrischer Polizeihandal.

Die Staatsanwaltschaft München hat dieser Tage das unter dem System Rahr-Wochnner gegen den Bundessekretär Schmaltz vom Republikanischen Reichsbund wegen „Aufreizung zum Klassenkampf“ eingeleitete Verfahren eingestellt. Wegen des großen Lärmens, das die reaktionäre Presse wegen dieses Verfahrens inszenierte, sei hier einiges über die Vorgänge, die zur Einleitung des Strafverfahrens führten, gesagt: Schmaltz sprach im Auftrag des Gewerkschaftsvereins München anlässlich einer Teuerungsdemonstration am 28. August 1921 im Garten des Rind-Keller und forderte zum Schluß die Versammlung zum ruhigen Auseinandergehen auf. Nach der Versammlung wurde Schmaltz von jungen Burshen verfolgt, die mit Hakenkreuz und dem bekannten Edelweißabzeichen des Freikorps „Oberland“ geschmückt waren. Ein Karosplatz trieb die Polizei mit Hilfe von Freiwilligen in Zivil die Massen durch Panzerautos und Handgranaten, Säbel und Revolver auseinander, wobei es Tote und Verwundete gab. Zur gleichen Zeit nahm ein Schuhmann einen gutgekleideten Herren am Karlsplatz in Schutz und half ihm mit seiner „Dame“ in ein Auto. Dabei tat Schmaltz die Anweisung: „Die Dämonen und Schieber nimmt die Polizei in Schutz und die hungernden Massen treibt sie mit Gummistock und Säbel auseinander.“ Wegen dieser Anweisung wurde Schmaltz durch Zivilpolizisten festgenommen und unter Zurücklassung des Judenjungens tot durch Zivilpersonen und Polizisten so geschlagen, daß er zusammenbrach. Auf dem Wege zur Polizei wurde Schmaltz von einem Schuhmann wiederholt ins Gesicht geschlagen. Vor dem

Polizeigebäude rief Schmaltz einer Arbeiterfrau zu: „Gehen Sie zur Sozialdemokratischen Partei und sagen Sie, daß Schmaltz verhaftet ist.“ Darauf schlug der Zivilist erneut auf ihn ein und ließ ihn in die Türe. Gegen einen Republikaner wird wegen der Konstatierung einer Talsache ein Strafverfahren eingeleitet, während Aufforderungen zum Mord (Der Fall Kanzer) den Staatsanwalt und die Polizei bis zum Regierungswechsel nicht in Bewegung setzen. Man suchte auch in das Privatleben Schmaltz einzudringen und die Polizei zettelte gegen ihn ein Verfahren wegen „Rohheit“ an. Zehn Tage war er in Untersuchungshaft, dabei wurde er wie ein Schwerverbrecher behandelt. Der Staatsanwalt mußte aber auch dieses Verfahren zur großen Blamage der Polizei einstellen!

## Gestohlene Verfassung des Offiziersbundes.

Schweidnitz, 18. Oktober. (M. T. B.) Der deutsche Offiziersbund in Striegau hatte für gestern Abend einen Vortrag angeordnet, in dem Admiral Scheer über die Taten der deutschen Hochseeflotte im Weltkrieg sprechen sollte. Bei Beginn forderten Arbeiter die Klärung des Lokals innerhalb zehn Minuten. Der Kartellvorsitzende Falko erkundete die Arbeiter, den Vortrag anzuhören, jedoch zu bedenken, daß man in Admiral Scheer den Mann vor sich habe, der 1917 sieben Matrosen erschossen ließ. Darauf setzte ein wilder Tumult ein, der Rechner wurde von der Galerie mit Gestein beworfen. Es wurde die sofortige Entfernung der deutschen Kriegsschiffe von der Bühne verlangt. Zwischen den Parteien entspann sich eine wilde Schlägerei, wodurch der Vortrag verjüngert wurde.

## Erfolgreicher Hungerstreik.

Berliner Blätter berichten: Die Kommunisten, die in Breslau wegen „Bildung einer roten Armee“ in Untersuchungshaft saßen, waren zum Protest gegen die langsame Fällung der Untersuchung in den Hungerstreik getreten. Wie die rote Fahne mitteilt, sind alle Inhaftierten bis auf den Kommunisten Deckner aus der Haft entlassen worden.

Es ist kennzeichnend für die heutigen Rechtszustände und besorgniserregend für das neue Deutschland, daß deutsche Arbeiter zu dem Mittel des Hungerstreiks greifen müssen, um sich gegen die Schikanen und Quälereien durch die Organe der Justiz zu wehren.

## Zusammentritt des Reichstags unbestimmt.

Berlin, 19. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gegenüber den Meldungen, daß der Reichstag bestimmt am Donnerstag nachmittags beginnen werde, muß darauf hingewiesen werden, daß über Tag und Stunde des wirklichen Beginns der Sitzung noch gar nichts bekannt ist. Fest steht einwirkend, daß der spätesten ausbruch Donnerstag um 10 Uhr vormittags zusammentritt.

## Der Stand des Dollars.

Nach dem gewaltigen Aufstieg an den Montagsbörsen zeigte der Dollar am gestrigen Tage weiter etwas wackelnde Tendenz. In Berlin wurde mit 181 notiert. Gegenüber dem amtlichen Kurs vom Montag, der 185 zeigte, ein kleiner Rückgang. Es wird in den nächsten Tagen mit weiteren Schwankungen zu rechnen sein.

## Der Hochverratsprozess gegen v. Jagow und v. Wangenheim.

M. T. B. meldet: Vor dem Reichsgericht beginnt am Donnerstag, dem 27. Oktober, der Prozess gegen den Regierungspräsidenten a. D. von Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandesherrn von Wangenheim wegen Beteiligung am Kapp-Putsch. Beide Angeklagte haben sich wegen Hochverrats zu verantworten. Wie den L. N. R. aus Berlin berichtet wird, sind zu dem Prozess 90 Zeugen, darunter eine ganze Reihe ehemaliger Reichs- und Staatsminister, Politiker und Generale, geladen worden.

## Die Beratungen über die Verminderung der Befähigungskosten.

Paris, 18. Oktober. Heute wurde die erste Sitzung der Finanz- und Militärachverständigenkommission abgehalten, die vom Obersten Rat der Alliierten ernannt wurde, um Vorschläge zu machen, für eine Verringerung der militärischen Befähigungskosten und der Ausgaben der Zivilkommissionen. Berieten waren Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Italien, Japan und Belgien. Wie weiter gemeldet wird, sollen die Vorschläge der Kommission bis zum 1. November fertiggestellt sein.

## Gestohlene Geheimakten.

Aus Berlin wird gemeldet: Seit längerer Zeit wurden Diebstähle von Geheimakten im Reichsarchiv festgestellt. Jetzt ist es der Potsdamer Kriminalpolizei gelungen, den Dieb in einem Schreiber Ziehe der Abwicklungsstelle Spandau zu ermitteln und zu verhaften. Der Verhaftete gibt zu, in den letzten drei Monaten zehnmal im Reichsarchiv sich haben einschleichen lassen und Aktenstücke, die ihm für seine Freunde wichtig erschienen, gestohlen zu haben. Wie das Leipziger Tageblatt mitteilt, gibt Ziehe ferner an, daß er im Auftrag eines Redakteurs der Freien Presse gehandelt habe. Für jedes Aktenstück will er 100 bis 200 Mk. von dem Redakteur erhalten haben.

## Eine Schwindelnachricht.

Die Sinesische Telegraphen-Union verbreitete gestern eine Meldung der Münchener-Augsburger Zeitung, wonach zwei Berliner Polizeibeamte, die die handschriftlichen Aufzeichnungen der gestrichelten Mörder Erzberger über ihre Namen und ihre Wohnung gefunden haben sollen, vom Dienste suspendiert und ein Verfahren wegen Betrugs von der Offenburger Staatsanwaltschaft eingeleitet worden sei. Die Meldung erweckte den Eindruck, die Beamten hätten haltlose Verdächtigungen ausgesprochen und Material fabriziert. Demgegenüber wird nun zuständiger Stelle festgestellt, daß die Offenburger Staatsanwaltschaft keinerlei Verfahren wegen Betrugs gegen die zwei eingeleitet hat. Nur das Berliner Polizeipräsidium — es handelt sich um zwei Berliner Kriminalbeamte — hat ein diskretes Ermittlungsverfahren gegen sie angeordnet, weil ihre Meldungen zu kurz waren und deshalb die nötige Klarheit vermischen ließen.

## Debatte über den Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Washington, 18. Oktober. Der Senat hat durch Handaufheben einen von dem demokratischen Senator Walsh aus Montana vorgeschlagenen Zusatzantrag zum Friedensvertrag mit Deutschland abgelehnt, der das Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit anderen Mächten zu dem Zweck, Deutschland gegen jeden nicht herausgeforderten feindlichen Einfall zu schützen, billigt. Ein zweiter Antrag desselben Senators, der verlangt, daß

die Vereinigten Staaten für den Fall, daß Deutschland ohne Heranziehung seinerseits angegriffen würde, aus freiem Antriebe ihre Hilfe anbieten, wurde ebenfalls und zwar mit 62 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Senator Hitchcock unterstützte den zweiten Antrag von Walsh, indem er erklärte, die militärische Partei Frankreichs könnte für den Frieden der Welt eine erste Gefahr werden. Schortidge erklärte andererseits, Frankreich sei zu seiner Pflicht berechtigt mit Rücksicht auf die Tatsache, daß es im Verlaufe von vierzig Jahren zweimal von Deutschland angegriffen worden ist. Lodge, Lenox und andre Republikaner widersprachen dem Antrag mit der Begründung, daß man sich darauf verlassen könne, Deutschland würde für seine eigenen Interessen sorgen.

Senator Johnson (unverfälschter Republikaner) trat für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland ein. Er sagte, er könne sich nicht den Ansichten anderer Unverfälschter anschließen, daß der Vertrag die Vereinigten Staaten wahrscheinlich in die europäischen Verwicklungen hineinziehen werde; aber, erklärte er, es sei unklar, daß die Vereinigten Staaten sich weigerten, der alliierten Reparationskommission beizutreten.

Senator Hitchcock führte noch aus, die Vereinigten Staaten hätten den Versailler Vertrag anerkannt dadurch, daß sie eine Stimme bei der Verfügung über Vop und andre früher deutsche Besitzungen beanspruchten. Darauf lehnte der Senat mit 71 gegen 7 Stimmen den Zusatzantrag zum Friedensvertrag mit Deutschland ab, der die Vereinigten Staaten von allen aus dem Friedensverträge von Versailles sich ergebenden Verpflichtungen befreien wollte. — Nach einer U.-Meldung scheint es höher, daß 57 Republikaner und 11 Demokraten für den Friedensvertrag stimmen werden. Damit wäre die Zweidrittel-Mehrheit für die Annahme des Friedensvertrages gesichert.

## Die kleine Entente und das Abkommen von Benedig.

Brag, 18. Oktober. (M. T. B.) Der Cas erklärt zur bürgerlichen Frage, daß in ersten politischen Kreisen darauf hingewiesen werde, daß eine Genehmigung der Vereinbarung von Benedig nicht nur einen Bruch des Friedens von Trianon bedeute, sondern auch ein Eingreifen gegen alle Friedensverträge. Die kleine Entente sei in erster Linie daran interessiert, daß die Verträge unantastbar seien, aus denen ihre Staaten aufgebaut sind. Zu der Vereinbarung von Benedig sei es über den Kopf der kleinen Entente gekommen. Durch deren Erzielung könnten Situationen geschaffen werden, die eine Reihe deutscher Gefahren in sich bergen könnten. — Das halbamtliche Organ Cestolowenka Republica erklärt, daß die wechselläufige France vielleicht für die Entente, aber nicht für die Staaten der kleinen Entente von untergeordneter Bedeutung sei. Das Blatt hält nicht für ausgeschlossen, daß das Benediger Abkommen zur Revision des Friedens von Trianon führen werde.

## Die Großdeutschen Österreichs gegen das Abkommen.

Wien, 19. Oktober. (M. T. B.) Die parlamentarische Genehmigung des Abkommens von Benedig, betreffend das Burgenland, ist in Frage gestellt, da die Großdeutschen die Ansicht vertreten, daß die Beschlüsse von Benedig einen Bruch des Friedensvertrages bedeuten und das Parlament sich nicht dazu hergeben könne, eine Verminderung des österreichischen Rechts hinzunehmen. Außerdem weisen die Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Schober und die des ungarischen Ministerpräsidenten darauf westwärts Unterstöße auf, daß eine Klarstellung dringend geboten ist.

## Ein neuer italienisch-jugoslawischer Konflikt.

Belgrad, 18. Oktober. (M. T. B.) Zwischen Italien und Süd-Slawen ist ein neuer Konflikt ausgebrochen, der die Grenzfestlegung für den Freistaat Fiume und den Hafen Baros betrifft. Da die gemischte Grenzfestlegungskommission zu einem Einvernehmen nicht gelangen konnte, hat sie ihre Arbeiten einstellen lassen. Der italienische Standpunkt geht dahin, es sei im Interesse der Lebensfähigkeit des Freistaats Fiume unerlässlich, zunächst zwischen Rom und Belgrad eine Einigung über ein gemeinsames Verwaltungssystem zu erzielen, das aus wirtschaftlichen Rücksichten den Hafen Baros in den Freistaat einbezieht. Jugoslawien fordert die vorläufige und bedingungslose Klärung von Baros, das ihm durch den Vertrag von Rapallo zugesichert worden ist. In Auswirkung des neu ausgebrochenen Konflikts hat die jugoslawische Regierung bereits die Wirtschaftskontakts über Fiume verhängt, indem jeder Handel mit dem Innern unterbunden wurde. Nach einer Meldung des Agrarministeres Ober wird der Präsident des Freistaats Fiume, Janella, an den Verhandlungen teilnehmen, die demnächst zwischen Paris und der Torretta stattfinden werden, um den Streitfall aus der Welt zu schaffen.

## Verlagung der englisch-irischen Konferenz.

London, 19. Oktober. (M. T. B.) Die am Montag abgehaltene fünfte Sitzung der englisch-irischen Konferenz nahm über zwei Stunden in Anspruch. Man beschloß, die Sitzungen für einige Tage zu verlagern und ließ den nächsten Termin der Zusammenkunft unbestimmt. Am 1. wird hierzu bemerkt, daß der einzige Grund für die Verlegung nur die Verteilung des Presseministers ist. Die irischen Vertreter seien vollkommen einverstanden, daß dadurch kein Verhandlungsbruch bevorsteht. Es wird angenommen, daß der Verlauf der Verhandlungen die Trennung befruchtigen wird.

## Von Nah und Fern.

Bantrüber.

Benken (Oberbayerland). 18. Oktober. Gestern mittag wurde auf die Volksbank in Lauerhütte ein Raubüberfall verübt. Ein mit zehn Personen besetztes Auto fuhr vor dem Bankgebäude vor. Die Räuber zwangen die Beamten die das Publikum im Kassenraum, sich mit dem Gesicht gegen die Wand zu stellen und raubten 90000 Mark. Sie entkamen darauf mit ihrem Raube in einem Automobil.

Washington, 19. Oktober. (M. T. B.) In Toronto drangen gestern fünf bewaffnete Männer in die Zweigstelle der Hamilton-Bank ein und zwangen mit vorgehaltenem Revolver die Angestellten, sich auf den Fußboden zu legen, während sie die Kassenräume ausraubten. Sie entkamen darauf mit ihrem Raube in einem Automobil.

Zwei Frauen wegen schweren Raubes verurteilt. Berlin, 18. Oktober. (M. T. B.) In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die Frauen Hauke und Schulz wegen der Ermordung des Kaufmanns Enacmann erklärten die Geschworenen die Frau Hauke des schweren Raubes mit Todesfolge und die Angeklagte Schulz der Anstiftung für schuldig. Das Gericht verurteilte die Hauke zu zwölf und die Schulz zu fünfzehn Jahren Zuchthaus.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freytag in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Bille, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

# Steckenpferd- Seife

die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.







Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with 10 columns: Datum, Temperatur, Luftfeuchtigkeit, etc. Rows for 18. October, 19. October, and 20. October.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Oktober.

Parlamentsangelegenheiten.

Mit-Leipzig, Bezirk Süd. Heute spricht Genosse Müller im Volkshaus über die Verfassung von Sachsen.

V.-Ost. Der Diskussionsabend muß umständlicher ausfallen.

Frauen-Diskussionsabend V.-Ost. Die Genossinnen treffen sich zur Beerdigung der Genossin Gallwig Donnerstag, 1/3 Uhr, an der Kapelle des Südfriedhofs.

Stütterth. Bekleiderer und Helfer müssen alles Wahlmaterial bis Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, in der Bibliothek abliefern.

Frauen-Vigilanz-Kommission Groß-Leipzigs. Die Sitzung am Freitag, den 21. Oktober, fällt aus.

Gruppenrat VI, graphische Industrie. Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Teuerungszuschläge für Militärentenempfänger.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Gau Freistaat Sachsen, teilt uns mit:

In der gesamten Tagespresse werden jetzt auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums die neuen Teuerungszuschläge für Militärentenempfänger bekanntgegeben. Diese Artikel sind geeignet, bei der Bevölkerung ganz falsche Vorstellungen hervorzurufen und den Anschein zu erwecken, als ob nunmehr vom Reich für die Opfer des Krieges in hinreichender Weise gesorgt sei.

Bei der ganzen Angelegenheit muß insbesondere noch berücksichtigt werden, daß heute eine ganze Anzahl von nach dem Reichsverfassungsgesetz 1920 unanerkannten Beschädigten nicht mehr in Frage kommen, weil sie bei der Unanerkennung zum großen Teil ganz bedeutend in ihren Prozentsätzen herabgedrückt wurden.

legung ist, und dadurch fallen diese auch nicht unter die Verordnung vom 24. 9.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, hat in Verbindung mit den übrigen maßgebenden Kriegsofferorganisationen, mit Ausnahme des Köpffhäuserbundes und des Deutschen Offiziersbundes, weil die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben, direkt an den Reichstag mit entsprechender Begründung nachfolgende Anträge gerichtet:

- 1. Die Teuerungszulage nach § 87, Absatz 1 des RWG. ist von 35 Prozent auf 80 v. H. in Ortsklasse A, 90 v. H. in den Ortsklassen B und C, 100 v. H. in den Ortsklassen D und E zu erhöhen.

Die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage macht jedoch neben der Erhöhung der laufenden Teuerungszulage die sofortige Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe notwendig.

- 2. Abschaffung der im § 28 des RWG. vorgesehenen Ausgleichszulage, dafür Erhöhung der nach § 27 zu zahlenden Grundrenten und Schwerbeschädigtenzulagen um mindestens ein Viertel ihres Betrages.
- 3. Beseitigung der in dem § 63 und dem § 64 vorgesehenen Ruhestufenstrafen.
- 4. Die Renten sind ohne ärztliche Untersuchung in demselben Prozentsatz für das neue RWG. einzuweisen, in welchem sie nach dem alten Gesetz gewährt worden sind.

Weitere Vorschläge haben sich die Organisationen ausdrücklich vorbehalten.

Klarer.

Nach und nach ist die freie Wirtschaft fast restlos eingeführt. Die Folgen verspüren die Verbraucher täglich. Sie werden sich noch viel deutlicher in der nächsten Zeit bemerkbar machen, da die deutsche Valuta immer mehr sinkt.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Stadtverordneten-Wähler-Listen

liegen bis Freitag, den 21. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Sonnabend, den 22. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags öffentlich aus. Einsprüche gegen die Wählerliste können nur bis zum 23. Oktober dieses Jahres bei dem Wahlamt, Neues Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 187 (Eingang am Burgplatz), schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

Die Listen liegen also nur in dieser Woche aus. Sichere sich jeder sein Wahlrecht!

zungsmittel zurückgehalten. Es wird bereits davon gesprochen, die Kartoffeln nur nach dem Wert des Dollars abzugeben. Das würde bedeuten, daß ein Zentner Kartoffeln 150 bis 170 Mk. kosten würde!

Und wenn jetzt auf dem Markt keine Kartoffeln zu haben sind, so werden die Schnapsbrenner über Kartoffelnicht zu klagen haben. Sie werden zunächst verjagt.

Der Verbrauch von Branntwein steht freilich in keinem Verhältnis zur Produktion. Riesige Mengen Schnaps befinden sich auf den Lägern. Das Reich bietet seine Schnaps (zunächst „Klarer“ und „Kümmel“) in Zeitungsinserten an. Doch es fehlen die Konsumenten. Deshalb soll der Schnaps zum Teil an das Ausland abgegeben werden (das ja jetzt billig bei uns kaufen kann!) und zum Teil industriell verwertet werden.

Ein Aufruf vom Frauendank.

Der Verein Frauendank 1914, Ortsgruppe Leipzig, ersucht uns um folgenden Abdruck: Am 5. Oktober ist die Abteilung Möbel- fürsorge für Minderbemittelte und Kriegsbeschädigte in die Hände der Gemeinnützigen Deutschen Hausratwerke übergegangen.

Kraftwagenlinien in Leipzigs Umgebung.

Der sächsische Staat beabsichtigt, zwei Kraftwagenlinien: Leipzig-Mölkau-Engelsdorf und Leipzig-Probsteiherda-Großpössa-Liebertwolkwitz einzurichten. Der Betrieb soll sehr bald aufgenommen werden, die beteiligten Vorortsgemeinden haben die Verträge bereits unterschrieben.

Für Rußland. Die Belegschaft der Firma Felix Laße u. Co., L.-Plagwitz, die überwiegend aus Arbeiterinnen besteht, hatte dem Hilfskomitee für Rußland die zum ersten Hilfsvertragszug benötigten Bedarfsartikel aus Blech im Werte von über 2000 Mk. kostenlos angefertigt.

Kostenfreie Uebermittlung angekommener Telegramme durch Fernsprecher. Der Fernsprechteilnehmer kann bei seiner Telephonanrufung schriftlich beantragen, daß für ihn angekommene Telegramme der von ihm bezeichneten Sprechstelle übermittelt werden.

Peter Schaller.

Von Frida Schwarzer.

(Schluß.)

An einem Sonntagmorgen, als Peter Schaller mit den Vögeln aufstanden war, schrieb er die letzte Zeile an seinem Buch. Spätsommer war es geworden. Peter Schaller öffnete die Fenster und ließ die Sonnenströme hereinströmen. Ein ungeahntes Frohgefühl durchströmte ihn, Schöpferwonne durchbelebte ihn heiß. Er zwinkelte nicht daran, daß er diesmal Großes geschaffen hatte.

Da kam der Briefträger. Ein Brief von Lene. Sie befand sich in Not und brauchte Geld. Er machte eine größere Summe Geldes zurecht, die er sich von seinem Lohn erspart hatte und schrieb ihr, daß er es nach dem Vorgefallenen für das Beste halte, die Scheidung einzuleiten. Sie werde sicher damit einverstanden sein.

Nun war auch das vorüber. Nicht mehr lange würde es dauern, dann war er frei. Dann würde auch bald sein neues Buch erscheinen. Und dann — vielleicht zog er dann doch mit Fanny fort aus der kleinen Stadt. Nach Berlin, den Freund wiederzusehen. Ins Leben hinein.

Die vielen engbeschränkten Blätter aber packte er zusammen und schickte sie an Hans Reinhardts Nachfolger zur Prüfung und Empfehlung an den mit der Zeitung verbundenen Verlag. Von hier aus, wo er seine bittersten Stunden erlebt, sollte sein Buch sich das Land erobern, sollten die Menschen aufhorchen und ihr Blut rascher pulseren lassen.

Und wieder tannen die Tage dieses goldenen Spätsommers. Für Peter Tage ruhigen, sicheren Wartens auf das Glück, ein Stellen in launigen Träumen, ein inbrünstiges Hoffen auf die Erfüllung seines Sehns.

Und wieder war es Sonntagmorgen. Und wieder leuchtete der Briefträger die Treppe herauf und brachte Peter Schaller zwei Briefe, einen großen, dicken, geschäftsmäßig aussehenden, und einen kleineren in grobpapierenem Kuvert mit Lenas Schriftzügen. Er

wog den großen in der Hand. Er war schwer. Da war sein Manuskript zurück. Eine Angst fiel auf sein Herz wie ein schneidendes Messer. Er wurde so seltsam. Minutenlang sah er und starrte die Briefe an. Er fürchtete ihren Inhalt. Er sah sie, hier klopfte wieder einmal schwer das Schicksal an die Wipfel.

Endlich ermannete er sich und las. — — — „Ich denke gar nicht daran, mich von dir scheiden zu lassen. Ich habe einen Rechtsanwalt gefragt. Wenn ich nicht will, kannst du gar nichts machen. Und ich will eben nicht! Damit du eine andre heiratest und mich auslachen kannst! So bumm bin ich noch lange nicht. Du kannst mir gar nichts beweisen. Ehebruch habe ich nicht getrieben. Dabei bleibe ich. Beweise mir's doch anders. Wenn du mich wieder zurück haben willst, dann komme ich. Wenn nicht, so ist mir's auch recht. Dann mußt du eben für mich sorgen. Aber scheiden lasse ich mich nicht.“

Und der andre Brief: „Gehört Herr Schaller! Ich höre schon durch meinen Kollegen von Ihnen. Sie glauben, ein Dichter zu sein. Es tut mir leid, Ihnen diesen schönen Traum zerstören zu müssen. Aber es fehlt Ihnen so ziemlich alles dazu. Sie haben eine lebhafteste Phantasie. Das ist aber auch alles und damit allein ist es nicht getan. Was man sonst von einem Dichter erwarten kann und erwarten muß: Schönheit der Sprache usw. fehlt Ihnen vollständig.“

Ich schickte Ihnen Ihr Manuskript wieder zurück. Schade um die schöne Zeit, die Sie darauf verwenden. Hoffentlich nehmen Sie die Sache nicht tragisch. Es gibt viele, die glauben, zum Dichter berufen zu sein. Sie wurden es nicht und sind dann doch tüchtige Menschen geworden.“

Lange sah Peter Schaller über diesen Briefen, welche die Trümmer seines Hoffens bedeuteten. Den Kopf in die Hände gestützt, sann er lange, lange. Vielleicht hätte er's doch ertragen, wie schon viele ihre Hoffnungen zu Grabe trugen und dennoch die Dede ihres Lebens weiter schleppen. Aber die Enttäuschung hatte ihn gepackt wie eine brutale Faust und durchdrückte ihn, bis er sich matt und kraftlos ergab. „Wie komme ich dazu, vom Schicksal immer mit Fußtritten gestossen zu werden? War mein Wollen

nicht heilig?“ dachte er. Wenn seine Kraft nicht zum Leben langte, dann soll sie doch wenigstens zum Tode langan. Der Mut der Verzweiflung packte ihn. Alle Schönheit, alles Licht, alle Freiheit, die er erträumt, sah er vor seinen geistigen Augen aufsteigen. Dann legte sich ein grauer Schleier darauf, hüllte ihn dichter und dichter ein, bis alles verschwunden war. An Stelle dessen kam ein Abgrund. Und am Rande des Abgrundes hockte schwarz-graue Hoffnungslosigkeit. Was sollte das? Ah, das bedeutete keine Zukunft. Dieser Abgrund mit der schwarz-grauen Hoffnungslosigkeit am Rande war sein Leben. Keim! Keim! Abwärtend streckte Peter Schaller die Hände aus. Auf goldenen Glanz der Träume immer und immer wieder nur trostloses Düstere? Peter Schaller stieß vor den spinnwebigen Schattien. Aus Fenster eckte er.

Roch einmal streckte er die Arme, sehnlichst grüßend, der Sonne entgegen. Und so — mit ausgebreiteten Armen — sprang er hinunter. Feueriger Glanz umwogte ihn. Purpurfunken stoben um ihn her. Er glitt — ins Uferlose — ins Nichts. Dann jerschelte sein Kopf an den Steinen des engen, kleinen Hofes.

Kleine Chronik.

Blottnabend. Wenn Menschen in der Kunst ineinander so aufgehen wie das Ehepaar Frau Katharina Vösch-Mödel (Blottn) und Herr Paul Otto Mödel (Klavier) muß ein Großes, Ganzes daraus entstehen. Diese beiden Künstler haben sich die Aufgabe gestellt, an vier Abenden sämtliche 10 Sonaten für Violine und Klavier von Beethoven zu spielen. Am ersten Abend spielten sie drei Jugendsonaten unter op. 12 D, A- und Es-Dur, die noch im Stil Haydns und Mozarts gehalten sind. Ein jedes dieser Werke war mit allen Feinheiten vorbereitet, und so gab es ein inniges Musikieren, wie man es selten hört. Die Variationen aus der D-Dur-Sonate, wie das Andante in der A-Dur und das Andagio aus der Es-Dur-Sonate, waren wirklich überirdisch schön, man süßte sich dabei — im wahrsten Sinne des Wortes — welt-



Empfänger, der sich bei einem Fernsprecheinnehmer aufhält oder in dessen Diensten steht, angesprochen, wenn der Empfänger es be-  
trägt und der Anrufempfänger zustimmt.

**Veranstaltung der Schuhwaren- und Schuhreparaturen.** Das  
Bemerkenswert ist uns mit: Von der Schuhmacher-Zunft, dem  
Schuhhändler-Verband und dem Verband der selbständigen  
Schuhmacher Deutschlands, Sig Leipzig, ist eine Beratungskommission  
für Schuhwaren- und Schuhreparaturpreise eingerichtet. Die Be-  
ratungskommission tritt Freitag, den 11. Uhr vormittags bis 1 Uhr  
nachmittags, im Neuen Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 168, für  
jedermann offen.

**Verteigerung von Pfändern.** Vom 22. November 1921 an  
sollen die nicht eingelösten, in den Monaten Juli bis mit Dezem-  
ber 1920 verpfändeten oder wiederverpfändeten und einige bereits  
früher verpfändete, noch nicht veräußerte Pfänder öffentlich ver-  
steigert werden. Bei dieser Gelegenheit sollen auch, und zwar  
am 28. November 1921, einige Fundstücke zur öffentlichen Ver-  
steigerung gelangen. Die Verteigerung findet von früh 1/2 Uhr  
bis nachmittags 3 Uhr, Sonnabends aber nur bis mittags 12 Uhr,  
im Versteigerungsraum des Leihhauses, Eingang östlicher Flügel,  
unter den dort ausliegenden Versteigerungsbedingungen und  
in der aus einem Anschlag ersichtlichen Reihenfolge statt.

**Ein Abgeordneter, der Erwerbslosenunterstützung beansprucht.**  
Der Fall, daß ein Abgeordneter Erwerbslosenunterstützung be-  
anspruchte, geht aus einem Bescheid des Reichsarbeitsministers an  
den preussischen Minister für Volkswohlfahrt hervor. Die Ent-  
scheidungen, die Reichs- und Landtagsabgeordnete, Stadträte,  
Räte und andere Angehörige gesetzgebender und ähnlicher Körper-  
schaften für ihre Tätigkeit erhalten, sind nach der Erklärung des  
Reichsministers nicht als Unterstellungen im Sinne der Verordnung  
über Erwerbslosenunterstützung anzusehen. Sie gehören zu den  
Einnahmen. Sie sind deshalb bei der Prüfung der Bedürftigkeit  
nicht in Betracht zu ziehen, falls der Empfänger glaubt, diese  
Unterstützung in Anspruch nehmen zu können.

**Eine neue Ferienkistung.** Aus den Ratsbeschlüssen wird  
mitgeteilt: Frau Emilie Hohense, auf deren Veranlassung und  
mit deren Hilfe durch das Komitee für Spelzung unterernährter  
Kinder in Leipzig seit Anfang des vorigen Jahres bedürftige Kin-  
der der Schulen im Osten der Stadt gepflegt werden, hat in ihrer  
unermüdbaren Tätigkeit für diese Kinder mit einem in Südbrasilien  
aufgekauften Betrag von 150 000 M. unter dem Namen Süd-  
amerika-Emilie-Hohense-Stiftung eine Stiftung errichtet, deren  
Zweck dazu verwendet werden sollen, alljährlich einer Anzahl  
bedürftiger Leipziger Schüler und Schülerinnen einen Ferien-  
aufenthalt an der See zu ermöglichen.

**41. Volksschule.** Heute, Mittwoch, den 19. Oktober, abends  
7 1/2 Uhr, in der Turnhalle Eilernversammlung.

**Stadtbibliothekliches Museum.** Die Ausstellung im Stadt-  
geschichtlichen Museum hat durch graphische Blätter von Erich  
Fittler und Epp Frank eine Erweiterung erfahren. Die nächste  
Führung findet Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags 11 Uhr,  
statt.

**Leipziger Volkshor.** Donnerstag, den 20. Oktober, abends  
7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9.

### Lebensmittelliste für Donnerstag, den 20. Oktober.

Für Haushaltungen.  
Ausgabe. Sammelstück (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte  
und Kriegshinterbliebene auf lärmliche vom Ortsamt für Kriegs-  
fürsorge ausgeteilte Bezugskarten: Buchstaben G-H von 9-3 Uhr  
auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauspiel II, rechts 1. Tür,  
Pfund 2 20 M. Es erhalten bis zu 3 Rindern 2 Pfund, 3 und mehr  
Rindern 3 Pfund Fleisch. Pantar mitbringen!

2 Zentner Briketts werden bei der Firma Georg Werner in  
Leipzig-Gohlis, Freiladestraße 10, an Chausseehaus, auf die Gut-  
schneide des Ortsamtes für Kriegsbeschädigte Nr. 2041-2050 und  
Nr. 4601-4700 abzugeben. Ausgabe für Gutschneide Nr. 2041-2050  
und Nr. 4601-4650 von 8-12 Uhr vormittags und Nr. 4651-4700  
von 1-4 Uhr nachmittags.

Es wird ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Briketts  
für die angegebenen Gutschneide an dem angegebenen Tage unter  
allen Umständen abgeholt sind, andernfalls würden sie verfallen.

### Polizeinrichten.

#### Die Gründung eines Welt-Informations-Bureaus.

Wer ist noch geschädigt?

Ende September d. J. hat ein in einer Provinzialstadt  
wohnender Expedient, durch den Erfolg der Sportkonzerte ange-  
regt, folgenden Kniff erdacht, um seine finanzielle Lage zu heben.  
Er verfaßte einen Prospekt, den er natürlich nicht mit seinem  
richtigen Namen, sondern „Otto“ unterzeichnet und versendete da-  
von nach eigener Angabe 800 an Leute, in denen er Wettinteressenten  
vermutete. In dem Prospekt forderte er für eine außerordentlich  
preiswerte gute Rennwetterkarte die Einblendung des bezeich-  
neten Betrages von 10 M. an das Hauptpostamt Leipzig, Post-  
kassiererei 107. Viel Erfolg scheint „Otto“ nicht gehabt zu haben,  
nur 3 Geldbeutchen sind bis jetzt ermittelt. Eine größere Anzahl  
Empfänger des Prospektes in Sachsen haben aber dahinter einen  
Schwindel vermutet und das „einmalige tolle Angebot“ an die  
Polizei weitergegeben. Durch die Kriminalpolizei wurde die  
Verion des Täters ermittelt und festgestellt. Somit noch Geschädigte  
wollen sich baldigst bei der Kriminalpolizei melden.

**Autounfall in der Lindenhaler Straße.** Zeugen gesucht! Vor  
dem Grundstück Lindenhaler Straße 13 ist am 15. d. M., etwa 5 Uhr  
nachmittags ein Kraftwagenfahrer mit seinem Kraftwagen gegen  
einen auf der dort befindlichen Verkehrsinsel angepflanzten Baum  
angefahren, wodurch der Führer so zu Schaden gekommen ist, daß  
keine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig war. Der Kraft-  
wagen war teilweise zertrümmert und völlig unbrauchbar geworden.

entzündet! Daß es die zwei Menschen mit der Kunst ernst nehmen,  
ist der Beweis, daß sie sich nicht scheuen haben, die „Sechs deut-  
schen Tänze“ (kleine, reizende Rippstücken) zwischen die Sonaten  
zu stellen. Der Vortrag dieser Tänze war von seltener Schlichtheit.

**Drittes Sinfonie-Konzert des WZ.** Der Besuch des Kon-  
zertes war diesmal gut und viel Andacht herrschte beim Hören  
der Werke unserer alten Meister. Kapellmeister Hermann Scherchen  
gepflegte jede Satz der Haydn-Sinfonie mit solcher Klarheit  
und Einfachheit, daß auch dem weniger Musikhörenden alles ver-  
ständlich sein mußte. Wie schlicht und doch lebendig meißelte er  
das Andante mit den Variationen, und wie waren die letzten  
beiden Sätze ausgearbeitet! Einfach prächtig! Der Beethoven-  
schen F-Dur-Sinfonie gab Scherchen ein kräftiges Gepräge. Le-  
bendiger Humor sprühte im ersten Allegro vivace-Satz durch das  
ganze Orchester und leicht und grazios spielte es das Menuetto  
Scherzando. Hier brachte Scherchen das Orchester auf eine Höhe,  
wie ich es kaum für möglich gehalten habe. Der letzte Allegro-  
vivace-Satz wurde mit schneidigem Rhythmus und tollem Humor  
gepielt — es war ein Ehrentag für das Grotzian-Steinweg-  
Orchester und für seinen unermüdbaren genialen Erzieher Scher-  
chen. Die junge Klavierspielerin, Fräulein Hella Mandelbrodt, besitz  
eine weiche, saubere Technik und guten Vortrag und spielte das  
D-Moll-Konzert von Mozart mit Wärme und Lebendigkeit. Der  
zweite Satz Norweger von Grieg ihr musikalisch von Hören!

**Einen Schweizer Dichter-Abend** veranstaltete Herr Eugen  
Aberer vom Alten Theater am Sonntagabend im Feuer-  
Saal. Vor fast vollbesetztem Hause rezitierte ein guter, feins-  
geschmackter Sprecher, der sich fleißig und intensiv mit dem, was er  
brachte, beschäftigte hatte. Man kommt endlich los von dem Vor-  
leser, das frei gesprochene Wort erlaubt dem Vortragenden eine  
viel größere Konzentration. Den größten Eindruck erzielte der  
Künstler zweifellos mit „König Helios Schwert“ und mit  
den „Nähen im Feuer“. Bunt und wild zeichnete er die  
Bilder, unterfütterte ihre Wirkung durch eine markante und geschickte  
Mimik. Stimmlich voll und gewaltig überstieg er sich an manchen

Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich baldigst bei der Krimi-  
nalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

**Traut tritt der Tod den Menschen an!** In der Fichtelstraße erlitt  
ein 60 Jahre alter Kaufmann am 17. Oktober nachmittags  
einen Schlaganfall, an dessen Folgen er kurz darauf gestorben ist.

**Wer war die Verletzte? Weitere Zeugen gesucht!** Am Freitag,  
dem 11. September, nachmittags gegen 5 Uhr, ist Ede Deigau,  
und Antonienstraße in Kleinbischdörfer ein ungefähr 10-jähriges Mäd-  
chen von einem nach der Stadt zu fahrenden Personenkraftwagen  
angefahren und zu Boden geworfen worden. Ob das Mädchen hier-  
bei verletzt worden ist, hat nicht festgestellt werden können, da es  
sofort wieder aufgestanden und davongelaufen war. Da sich noch  
Erörterungen nötig machen, werden das umgefahrene Mädchen  
beim deren Eltern oder Erzieher sowie diejenigen Personen, die  
über den Unfall Angaben machen können, gebeten, sich baldigst bei  
der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

### Aus der Umgebung.

#### Sitzung des Bezirksausschusses.

##### Abbruch der Einverleibungsverhandlungen.

In der gestrigen Sitzung wurde erneut die Eingemeindungs-  
frage behandelt. Der Amtshauptmann, Genosse Kappel, verlas  
einen Brief des Leipziger Rates, in dem dieser mittels der Ein-  
gemeindeausschuss lehnte es ab, die neue vom Bezirk geforderte Ent-  
schädigungssumme von 8 129 647 Mark zu bewilligen, da diese  
Summe in gar keinem Verhältnis zu den Vorteilen stehe, die die  
Gemeinden durch die Eingemeindung erlangen würden. Der Aus-  
schuss will die Kriegsschulden nicht in der Höhe von 34, sondern nur  
von 31 Prozent übernehmen. Eine 4prozentige Kapitalisierung  
wird abgelehnt. Der Rat hat den Ausfall der Bedarfssumme auf  
230 759,35 Mark berechnet und bietet sich an, statt einer Kapitali-  
sierung diese Summe 20 Jahre lang an den Bezirk zu zahlen.  
Weitere gemeinsame Beratungen hält der Eingemeindeausschuss  
nicht für nötig.

Der Amtshauptmann, Genosse Kappel, wies darauf hin, daß  
sich der Rat am 27. Juli bereit erklärt habe, die Kriegsschulden  
mit 34 Prozent zu berechnen, während er jetzt nur 31 Prozent  
zahlen will. Der auf 230 000 Mark herabgesetzte Betrag würde  
eine Schädigung des Bezirks um 4 1/2 Millionen bedeuten. Eine  
gemeinsame Besprechung mit Vertretern der vier Gemeinden habe  
die Möglichkeit erwogen, eine unparteiliche Instanz anzurufen,  
die die Höhe der Entschädigungssumme feststellen soll. Der Amt-  
shauptmann hält es für ausgeschlossen, daß der Bezirksausschuss eine  
andere Stellung als bisher einnehmen werde. An den spezifi-  
zierten Ziffern könne nichts geändert werden. Bei der glatten Ab-  
gabe der Stadt hält er neue Verhandlungsversuche des Bezirkes  
für nicht notwendig. Es sei nun Aufgabe der Gemeinden, eine un-  
parteiliche Instanz anzurufen.

Genosse Kappel erwidert in der Stellungnahme der Stadt  
ein Diktat für den Bezirk. Es sei unerhört, daß der Einverlei-  
bungsausschuss einstimmig mündliche Verhandlungen abgelehnt  
habe. Man könne daran erkennen, wo die Saboteure der Ein-  
verleibung seien. Für ihn habe sich die Sache damit erledigt.  
Der Kommunist Kärber, der früher die Gemeinden ohne  
jede Entschädigung der Stadt überlassen wollte, hält die Einver-  
leibungsfrage durch die Antwort des Rates nun auch für erledigt  
und kritisiert, daß auch die USP-Mitglieder des Ausschusses mit  
dem Rate solidarisch gehen.

Genosse Dönnhardt erklärt, daß die Antwort des Rates  
eine Antwort auf die Gesetzesvorlage der Regierung sei. Der Rat  
wolle der Regierung damit sagen, daß er kein Interesse mehr an  
der Einverleibung habe. Auch er wundert sich über die Zustim-  
mung der USP-Mitglieder des Einverleibungsausschusses.

Genosse Hilpert legt dar, daß die Vertreter der Gemeinden  
nach wie vor die Einverleibung verlangen. Sie seien auch ver-  
pflichtet, die Sache weiter zu betreiben. Auch der Amtshauptmann  
betrachtet die weitere Verfolgung der Angelegenheit als Sache der  
Gemeinden. Der Bezirksausschuss habe keine Ursache, an das  
Ministerium zu gehen.

Es wird darauf einstimmig abgelehnt, der Stadt die Wieder-  
aufnahme mündlicher Beratungen vorzuschlagen. Einstimmig wird  
auch das Angebot der Stadt als unannehmbar abgelehnt, da es  
sogar noch hinter dem Angebot um Juli dieses Jahres bleibt.

Ein Ortsgehilfe von Dösch-Marktleberg, das die Tages-  
gebeur und Kesseler für einen für Gemeindevorstand höher als die  
für Staatsbeamte festsetzt, wird mit vier gegen vier Stimmen  
erneut zurückgewiesen.

Die Statuten des Zweigverbandes für den Kohlenabbau in der  
Sachs werden mit einigen Änderungen genehmigt. In den Vor-  
stand entsendet die Stadt 5, der Bezirk 3 und die Gemeinden  
2 Mitglieder.

Hänischen will ein Wohnungssteuer ein-  
führen. Dort verfügt bei der großen Wohnungsnot ein Einwohner  
noch über 21, ein anderer gar über 26 Wohnräume. Nach der Vor-  
lage sollen diese beiden je 21 000 Mark Luxussteuer zahlen. Da  
nach den ministeriellen Vorschriften die Steuer nicht höher sein  
darf als der Mietwert der Räume, wird beschlossen, die ersten  
fünf steuerpflichtigen Räume mit 50, 75, 125, 200 und 300 Mark  
und jeden weiteren Raum mit 500 Mark Steuer zu belegen. Wegen  
dieser Regelung kündigt Herr Kärber, der es für ungerecht erklärt,  
wenn jemand 50 Mark Steuer zahlen sollte, weil er einen Raum  
mehr als notwendig zur Verfügung habe. Auch bei der von  
Börsch-Ehrenberg beabsichtigten Wertzuwachsteuer kündigt Herr  
Kärber gegen die Einführung. Er sah in seiner Ansicht die Steuer  
wahrscheinlich (er gab keine Gründe an) für eine indirekte an und  
suchte so die Grundstücksbesitzer davor zu schützen, vom un-  
verdienlichen Wertzuwachs der Allgemeinheit etwas abzugeben.

hr. Dösch-Marktleberg. Aus dem Gemeinderat.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Gemeindevorstand  
(aus Anlaß der ersten Sitzung im neuen Rathaus) einen kurzen

Stellen selbst, keine Verschämtheit trat ganz zurück hinter dem  
Stoff, den er formte. Außer den beiden Gebilden von C. F. Meyer  
wurden Sachen von Gottfried Kessler, Karl Stamm, Karl Spitteler  
und anderen geboten, nicht alle mit dem gleichen Erfolg. Das  
leichte oder leichte Gebilde liegt Aberer gar nicht, man merkte  
ganz deutlich, wie er erst an wichtigeren Stellen (Gewitter von  
Hans Reinhardt) er selbst wurde; er sollte sich mehr und mehr  
nur auf scharf gezeichnete, breite epische Sachen legen, dort ist sein  
Gebiet.

Die Disziplin unter den Zuschauern ließ alles zu wünschen  
übrig; die Herren und Damen sollten mal zu einem unserer Ar-  
beiter-Konzerte kommen und dort ein wenig Unterricht nehmen.

K. W. Sch.

**Städtische Theater.** Die Leitung der neuen Oper „Schach-  
matt“ von Franz Schreker, die am Sonntag, dem 23. Oktober,  
bei aufgehobenem Anrecht zur Erstaufführung gelangt, haben  
Kapellmeister Alfred Spenndrei und Oberregisseur Karl Schäfer.  
Die Hauptpartien sind, wie bereits mitgeteilt, mit Alina Sander:  
Els, Hans Vikmann; Eils und Rudolf Jäger; Der Narr besetzt  
Aukerdem ferner beschäftigt: Hans Müller; Der König, Walter  
Elsner; Ranzler, Stefan Kapoff; Graf, Emil Herweling; Ma-  
gister, Felix Kessler; Janzack; Bogt, Otto Schumann; Schalk-  
hüter, Rudolf Wodemann; Junker, Hans Graf; Schreiber, Oskar  
Lahner; Wirt, Alfred Boigt; Albi, Paula Engert und Elisabeth  
Merlein; alle Jungfern. Die vollständig neuen Dekorationen  
werden unter Leitung von Wilhelm Dobra in den eigenen Werk-  
stätten der städtischen Theater angefertigt. Die Vorstellung be-  
ginnt bereits um 6 Uhr, nicht wie irrtümlich mitgeteilt, um 7 1/2  
Uhr.

Um die Aufführungen von Werfels „Spiegelbild“ in dieser  
Woche aufrecht zu erhalten und zugleich die starke Nachfrage nach  
Goethes „Faust“ befriedigen zu können sind für den „Faust“  
mehrere Umbesetzungen notwendig geworden. In den Kaufau-  
führungen Mittwoch, den 19. und Freitag, den 21. Oktober, wird  
Fritz Reiff in der Faust-Alfred Schläpfer den Mephistopheles  
spielen. Stimme des Herrn: Carl Ruth Herz; Hans Zeise-Gött,  
Wagner; Oskar Berger.

Ueberblick über die Entwicklung der Gemeinde in den letzten  
hundert Jahren. Am Schluß seiner Ausführungen übergab er  
den Bürgern und Bürgerinnen das neue Rathaus, dabei der-  
zeitigen Gedenden, die durch Stiftungen zum Gelingen des Werkes  
mit beigetragen haben. Der Zuschauerraum im schön ausgestatteten  
Sitzungsraum war voll besetzt. Auch der Pressesack fehlte nicht.  
Als erster Beratungspunkt kam die Erweiterung des Familien-  
labes zur Verhandlung. Der Bauausschuss hatte vorgeschlagen,  
außer 180 neuen Zellen auch die Wasserfläche um 600 Quadrat-  
meter zu vergrößern und eine Mauer aus Zement herzustellen.  
Die Zellen wurden bewilligt, die Mauer soll nur dann als  
bewilligt gelten, wenn die Kosten nicht erheblich teurer werden  
als der Anschlag lautet. Die Verpackung der Obstbaumplantagen  
auf ca. 12-15 Jahre wurde auf unsern Antrag verlagert, um ge-  
nauer zu untersuchen, ob die Gemeinde bei eigener Bewirtschaftung  
besser wegfällt. Das gepachtete Land am Wasserturm soll der  
Berpächter Haberland zurückgegeben werden, da der Gemeinderat  
einer Erhöhung des Pachts von 3 auf 15 Pfg. pro Quadratmeter  
nicht zustimmen kann. Eine Eingabe des Mieterverbandes  
fordert, daß in den Gemeindegrundstücken das Mietverhältnis im  
voraus abgeschafft wird. Diese selbstverständliche und vernünftige  
Forderung konnten wir leider nicht durchdrücken. Um die Be-  
amten, die die Wohnungsverteilung vornehmen, gegen Ver-  
dächtigungen und lästige Nachreden zu schützen, will der Vorstand  
gegen die Uebelthäter scharf vorgehen. Am besten wäre es gewesen,  
der Gemeinderat hätte einen Wohnungsausschuss aus den Kreisen  
der Einwohner eingewählt, dann wäre allen Angriffen der Boden  
genommen. — Die Neuwahl des Gemeinderats sind auf den  
13. November festgesetzt. Weiter beschloß der Gemeinderat, die  
Regierung um Festsetzung von Mietpreisen für die Kartoffelver-  
sorgung zu ersuchen. Zum Ankauf von Nahrungsmitteln für  
Kinderbemittelte wurden vorläufig 10 000 M. zur Verfügung  
gestellt.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Bad Eger.

Im äußersten Südwesten Sachsens, im sogenannten Elster-  
gebirge, hart an der tschechischen Grenze, liegt, überragt von hoch-  
stämmigen Nadelgehölzen, das sächsische Staatsbad Eger, nicht  
mit Unrecht „die Perle des sächsischen Vogtlandes“ genannt. Eine  
Perle aber nur in bezug auf landschaftliche Schönheiten, die innere  
Struktur Bad Egers läßt dagegen viel zu wünschen übrig.

Wer Bad Eger noch aus der Vorkriegszeit her kennt, der  
wird es noch in angenehmer Erinnerung haben als guten soliden  
Badort, in dem sich die leidende Menschheit aller Schichten von  
den Strapazen des Lebens erholen konnte. Mit verhältnismäßig  
wenig Mitteln war es auch dem Arbeiter, Beamten und vor allen  
Dingen den Mittelstandskreisen vergönnt, dort Erholung, Kräfti-  
gung und Heilung zu finden, und wenn selbst auch das begüterte  
Element in Eger mit vertreten war, so fiel dies nicht besonders  
in die Wagtschale, namentlich da daselbst auch nur der Erholung  
wegen Eger aufsuchte und sich nicht so sehr in den Vordergrund  
drängte.

Während des Krieges wurde dies aber anders. Die edle Junst  
der Kriegsgewinnler stellte nunmehr das Hauptkontingent der Bade-  
gäste und machte sich in der unangenehmsten Weise bemerkbar. Ob-  
wohl das sächsische Volk unter der Ernährungnot des Kriegs-  
fürchterlich leiden mußte, war für die prassenden und schwelgen-  
den Kriegsgewinnler und Schieber alles zu haben. Unter der  
Regie des lastsam bekannten Ministerialdirektors Heint wurde für  
die Kurgäste in weitgehendstem Maße gesorgt. Heint entzog den  
seiner Verwaltung unterstehenden Landesanstalten Lebensmitteln  
und vor allen Dingen Butter, um sie den Elsterer Kurgästen zuzu-  
führen. Mit einer Raffinesse, die sonderbarerweise betont er da-  
mals, daß es ihm gar nichts ausmache, ob einige Gefangene oder  
sonstige Inassen der Landesanstalten, die doch sowieso dem Staate  
nützen, drausgehen würden, wenn nur die Kurgäste in Eger  
nicht zu darben bräuchten. Die Butterlieferungen dieses ehren-  
werten Ministerialdirektors, der sich dann später im Dienste des  
bekannteren Ueberkriegsgewinnlers Gohweiler sehr um den Verkauf  
des Elsterbades an eine Privatgesellschaft bemüht hat, haben da-  
mals viel Aufsehen erregt. Heint ist aber nichts geblieben, die da-  
malige Regierung bestete keine „menschenfreundlichen“ Taten mit  
dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zu.

Damit man aber in Bad Eger, in dem es sich für Kriegs-  
gewinnler so schön leben ließ, nicht ganz und gar vergessen sollte,  
daß sich Deutschland im Kriege befand, wurden neben einer größeren  
Anzahl von Offizieren — diese waren ja für die liebebedürftigen  
Kurdamen die Hauptfrage — auch einige kriegsverletzte Soldaten  
dort untergebracht. Diese armen Menschen konnten einem leid tun.  
Selbst nicht genug zu essen, mußten sie Tag für Tag zusehen, wie  
die Kriegsgewinnler „durchhielten“ und befreit waren, den Krieg  
durch hehrliche Reden ins unendliche zu verlängern.

Wer nun glaubte, daß mit der Beendigung des Krieges eine  
Aenderung in diesen Verhältnissen eintreten würde, der hat sich sehr  
geirrt. Bad Eger ist nach der Revolution erst recht zum raffi-  
niertesten Schieber-, Wucherer-, Schlemmer- und Spielerbad ge-  
worden, wo Tausende der wohlhabenden, überlatten, faulenzenden  
Bourgeois die tollste Verschwendung treiben und sich zur Abwech-  
slung über die „Begehrtheit der Arbeiter“ unterhalten und die  
Maßnahmen der Regierung kritisieren. Daran ändert nichts, daß  
man neben diesen angenehmen Zeitgenossen auch einige wenige  
durch die Arbeit ruinierte Proletarier als Versicherungsstrafe, in  
Bad Eger Erholung suchend, sehen kann. Die bestehenden Klassen-  
stellen nach wie vor den übergroßen Teil der Badebesucher und leben  
sich nach ihrer Weise aus, indem sie in den zahlreichen Hotels,  
Cafés und Weindiehlen täglich bzw. Nacht für Nacht bis in die  
frühen Morgenstunden die tollsten Orgien feiern, wobei Wein und  
Sekt in Strömen fließen. Das Geld fließt bei dieser Sorte Men-

**Proletarische Tribune.** Die nächste Veranstaltung der Proletarischen Tribune am Sonntag, dem 23. Oktober, nachmittags  
3 Uhr, im Saale der Alten Handelsbörse (Nahmarkt) bringt  
Dichtungen von Max Barthele. Die Veranstaltung soll  
den proletarischen Dichter zeigen, der nicht „in Kunst und Schön-  
heit die Erfüllung sich begehrt“, sondern der mit seinen Klassen-  
genossen fühlt und kämpft. Der Entwicklungsgang Bartheles ist  
typisch für die Entwicklung des Proletariats zum Bewußtsein  
seiner selbst. Dies soll in der Ordnung der Veranstaltung (Vor-  
kriegszeit — Kriegsjahre — Revolution) zum Ausdruck kommen.  
Den einleitenden Vortrag wird Genosse Robert Hauschild halten.  
Die Rezitationen haben Hans Zeise-Gött und Margarete Anton  
übernommen.

**Je nasser — desto fittlicher.** Bei den Weibern in Zentral-  
afrika erregt das wachsende Bedürfnis der Eingeborenen nach  
europäischer Kleidung starkes Unbehagen. „Jeder alte Afrikaner  
weiß“, so schreibt der Congo Star, „daß die Moral der Eingeborenen,  
seien sie männlichen oder weiblichen Geschlechts, in un-  
gerechtem Verhältnis zu dem Kleiderverrat steht, den sie haben.  
Man hat den Eingeborenen des Kongo immer ihre völlige Be-  
dürfnislosigkeit in diesem Punkt vorgeworfen und gesagt, sie  
sorgen am liebsten überhaupt nichts an. Das hat sie nicht gehindert,  
ein ganz feines fittliches Gefühl und wirkliches Empfinden für An-  
stand zu besitzen. Nichts ist so geeignet, ihnen diese Eigenschaften  
zu nehmen, als wenn man sie in europäische Kleidung steckt.“

### Eingelaufene Schriften.

Geschlecht und Gesellschaft. Herausgegeben von  
Ferd. Frhr. v. Reichenstein. Begründungsheft zur 1. internatio-  
nalen Tagung. Verlag Richard A. Giesecke, Dresden.  
Ernst Heilmann: Die Todliden des Adam Stegerwald.  
J. H. B. Dieck Nachf., Stuttgart. Buchhandlung Vorwärts, G. m.  
b. H., Berlin. Preis 3 M.  
Harry Schmidt: Westäther, Elektrizität, Materie, Ver-  
lag Paul Hartung, Hamburg. Preis 14 M.



ffen keine Rolle. Sie werfen es buchstäblich mit vollen Händen hinaus. Die Laborate bilden tatsächlich den Maßstab dafür, was in Deutschland noch für Geld vorhanden ist und in welchen Händen es sich befindet. Kein Wunder, daß die Entente, wenn sie das Treiben unserer Bourgeoisie sieht, nicht an die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands glaubt. Die Hotels, Cafés und auch einige mondaine Kurhäuser erzielen daher auch fabelhafte Einnahmen, die sie wiederum durch umfangreiche Spekulation in Industriepapieren noch weiter zu steigern versuchen, wozu einige eigens dazu in Eister etablierte Bankinstitute Händel die Hand bieten. Die Einwohner Eisters hatten früher samt und sonders um ihre Existenz zu kämpfen. Jetzt schwimmt der größte Teil von ihnen im Gelde, was sie natürlich dazu prädestiniert, auf die Begehrtheit der Arbeiter und Hausbediensteten im allgemeinen und auf die Faulheit der unglücklichen Erwerbslosen im besonderen zu schimpfen.

Man sollte meinen, daß, wenn in Bad Eister durch den reichlichen Geldzufluß ein ähnlicher Wohlstand erblickt, wie ihn der sogenannte neue Reichum zeitigt, auch das Staatsbad als wachsendes Unternehmen des sächsischen Staates in gebührender Weise profitieren müßte. Aber weit gefehlt. Das sächsische Staatsbad arbeitet mit einer ständigen Unterbilanz, die im letzten Jahre 2 Millionen Mark betrug und die sich im laufenden Jahre sogar noch über diesen Betrag bewegen dürfte. Wohl ist in anerkannter Weise die Regierung bestrebt, Wandel zu schaffen und die Verwaltung des Bades nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten umzuwandeln. Wohl hat sie energisch eingegriffen und alle diejenigen unfähigen und zum Teil unfähigen Beamten, die Bad Eister nur als Sinecure betrachteten, durch andre tauglichere, umsichtige und erfahrene Männer ersetzt. Wohl hat sie durch zweckmäßigen Ausbau der Betriebsrichtungen in einer verhältnismäßig kurzen Zeit eine Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes herbeigeführt. Aber alles dies genügt noch nicht, um das Defizit verschwinden zu lassen, geschweige denn eine Rentabilität des Bades heranzuwirtschaften. Aber dies muß geschehen, denn es ist ein unerbittlicher Gedanke, daß der sächsische Staat, dessen Finanzlage die denkbar ungünstige ist, noch Millionen für diejenigen opfern soll, die des Lebens Güter sowieso schon im Überfluß genießen können, während auf der andern Seite die Bevölkerung des Protektorats, das die überwiegende Masse der Steuerzahler darstellt, immer größere Fortschritte macht.

Wenn der Staat für den Fortbestand des Bades alljährlich große Opfer bringt und auf der andern Seite, wie bereits angedeutet, von Privaten große Gewinne eingeschmeckt werden, so liegt auf der Hand, daß hier von einem richtigen Lastenausgleich keine Rede sein kann. Es muß daher untersucht werden, wie und auf welche Weise die Einnahmen des Bades erhöht werden könnten. Das nächstliegende wäre eine allgemeine Erhöhung der Kurtaxen und der Fahrpreise. Aber dieser Weg dürfte sich als nicht gangbar erweisen, wenn man in Erwägung zieht, daß dies in erster Linie diejenigen Mittelstandskreise und Minderbemittelte treffen würde, die zur Herstellung ihrer Gesundheit notgedrungen Eister aufsuchen müssen. Also muß ein anderer Weg gesucht werden, um es nicht zu scheitern, wenn man einfach diejenigen Kreise zur Deckung des Defizits mit heranzieht, die übermäßige Gewinne in einer verhältnismäßig kurzen Zeit einheimen und sich selbst durch ihr protegisches Auftreten nicht genug zutage tun können. Die Heranziehung dieser Kreise auf dem Wege des Umlageverfahrens ist durchaus durchführbar und auch erfolgversprechend, selbst wenn man darüber die größten Einwendungen erheben sollte. Der mit den Eisteraner Verhältnissen Vertraute weiß genau, daß das Defizit des Bades bestimmt aufgebracht werden könnte. Die Regierung braucht nur einmal den Gedanken der Schließung des Bades in Erwägung zu ziehen. Mit Schnelligkeit würde dann von den beteiligten oder sonstwie an Eister interessierten Kreisen, die sich ja nicht bloß auf dieses allein erstrecken, freiwillig die jeweilige Unterbilanz ausgeglichen werden. Mögen daher diejenigen Eisterer Kreise, die als reine Nutznießer anzupreisen und selbst Kapitalisten geworden sind, auch für ihre nähere Ruhe einen Teil des nötigen Futters mit liefern.

Als Beweis dafür, daß Bad Eister stillig ist, mag die Tatsache dienen, daß die Hotel-Aktion-Gesellschaft in ihrer kürzlichen Generalversammlung beschlossen hat, das ihr gehörige Palais-Hotel Wettiner Hof zu verkaufen und zu diesem Zwecke 3 Millionen Mark zu verlaufen. Hierbei darf man nicht außer acht lassen, daß durch derartige Luxuseinrichtungen auch die Ansprüche an das Bad selbst erhöht werden und dieses über kurz oder lang gezwungen ist, weitere kostspielige Aufwendungen für luxuriöse Einrichtungen und Anlagen zu machen, denn bisher hat stets zwischen Staat und Privatkapital nothgedrungen ein gewisser Wettstreit stattgefunden.

Aber gerade die erwähnte Gesellschaft könnte infolge ihres Wohlstandes in weitestgehendem Maße mit zu den Lasten des Bades herangezogen werden, denn sie hat ja das größte Interesse daran, daß das Bad geöffnet und immer auf der Höhe bleibt. Ueberdies hat es mit der Hotel-A-G. eine eigene Bewandnis. Die Aktien dieser Gesellschaft, die sich bisher in den Händen des bekannten Kommerzienrats Goswiler befanden, wurden vor einiger Zeit von einer Gruppe deutschnationaler Kapitalisten, mit dem Kommerzienrat Günther in Freiberg an der Spitze, übernommen, und man ist nun auf dem besten Wege, aus dem Hotel eine Nischenkneipe der Deutschnationalen mit ihrem sonstigen Anhang zu machen. Dies ist höchst bedenklich, da sich ja von jeher in Bad Eister immer deutschnationale Zustimmungen bemerkbar gemacht haben und auf politischem Gebiete schon mehrfach die größten Verheerungen getrieben wurden, die mitunter in geradezu lächerliche Dummheiten ausgeartet sind. Die Regierung ist geradezu lähmlich, wenn sie streng darauf sieht, daß politische Strömungen in Bad Eister nicht irgendwie zur Geltung kommen. Solange Eister ein Kurbad ist, dessen Einwohner von Kurgästen leben, darf Politik und Religion nicht zur Hege ausarten, schon mit Rücksicht darauf, daß die guten Eisteraner das Geld von einem Juden oder Deutschnationalen ebenso gern nehmen, wie von einem Christen oder Kommunisten.

Auf alle Fälle muß aber Bad Eister in Zukunft auf eine andere Grundlage gestellt werden. Das erstrebenswerte Ziel, Eister in ein wirkliches Volksbad umzuwandeln, an dem alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig teilhaben können, muß mit allem Nachdruck verfolgt werden. Es ist daher erfreulich, feststellen zu können, daß sich die Regierung mit diesem Plan auch allen Ernstes befaßt. Es schweben zur Zeit zwischen der Regierung und den Krankenkassen sowie der Landesversicherungsanstalt Verhandlungen über den sozialen Ausbau des Bades. Weiter plant man die Errichtung großzügiger Erholungsstätten für leichtere Kranken, und die bereits in kleinem Umfange bestehende Heilstätte für Kropflose und rachitische Kinder wird einen umfangreichen Ausbau mit zweckmäßiger Erweiterung erfahren.

Alle diese Dinge sind im Werden begriffen und lassen sich naturgemäß nicht übers Knie brechen. Es werden daher wohl ohne noch einige Jahre vergehen, ehe Bad Eister in der gewünschten Weise umgestaltet ist. Und dann wird es voraussichtlich das werden, was es sein soll: ein Gesundbrunnen für die leidende Menschheit und eine Erholungsstätte für das werktätige Volk.

### Zufällige Sedanfeier.

Wie Nachrichtenstelle der Staatskanzlei gibt bekannt: Die Landespolizei hat durch verschiedene Gerichte über Waffenversteckungen und eine Sedanfeier im Schlitzlingslager Zeitheim dort eingehende Erörterungen vorgenommen mit folgendem Ergebnis: Das Gerücht über Waffenversteckungen scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß die im Lager Zeitheim befindliche Munition nach dem Übungsplan Königsbrück gebracht wurde. Eine festliche Veranstaltung rein geselliger Natur hat am 2. September tatsächlich stattgefunden. Nach Angabe des Lagerdirektors ist aber die Wahl des Tages rein zufällig gewesen. Jedemfalls wurde festgestellt, daß Reden oder Anweisungen gegen die bestehende Regierung nicht vorgekommen sind.

Das Ergebnis der angelegten Erörterungen muß mehr denn eigentlichlich beruhigen. Geradezu lächerlich wirkt es, wenn behauptet wird, die Festveranstaltung habe „rein zufällig“ am 2. September stattgefunden.

### Säuberung in den Amtsstuben.

Die sächsische Regierung fordert erneut die Behörden auf, dafür Sorge zu tragen, daß an und in den Dienstgebäuden aus allen Amtsstuben, Verhandlungs- und Wartezimmern, Gängen und dergleichen alle Bilder und Wästen von Mitgliedern ehemals regierender Häuser und sonstige monarchistische Erinnerungszeichen entfernt werden, insbesondere auch die Bezeichnung „Königlich“. Wo diese Hoheitszeichen der früheren monarchistischen Staatsgewalt noch nicht entfernt sind, sollen die betreffenden Behörden angeben, warum dies bisher unterblieben ist.

### Schwindeldoktoren.

Die sächsische Regierung gibt bekannt, daß die Doktorarbeit der Oriental Universität in Washington auf Schwindel beruhen und die Genehmigung zur Führung dieser Titel in jedem Fall verweigert werden wird.

Grimma. Auf der Kraftwagenlinie Bad Lausitz-Grimma wird wegen ungenügenden Ertrages der Betrieb ab 26. Oktober dieses Jahres eingestellt.

Kranen i. R. Die Stadtverordneten haben zur Kartoffelversorgung Minderbemittelter 220 000 Mark bewilligt.

Schneeberg. Bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in Schneeberg werden die gefamten bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Vereine eine gemeinsame Kandidatenliste aufstellen, während die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gelobert ihre Listen bringen werden. Auch im nahen Reuditz können die dortigen Sozialisten getrennte Listen, während von bürgerlicher Seite der dortige Bürgerbund die gemeinsame Liste vorbereitet.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Lage der polnischen Arbeiterschaft.

Zu durchsichtigen nationalökonomischen Zwecken und zum Zweck der Völkervergleichung werden jetzt in Deutschland abzüglich die Zustände und Verhältnisse, die in Polen herrschen, in den schwärzesten Farben gemalt. Da ist es sehr an der Place, einmal die betrieblenen Vertreter der polnischen Arbeiterschaft selber zum Wort kommen zu lassen. Nur dadurch wird es möglich sein, ein noch keiner Seite hin gefärbtes Bild von den polnischen Zuständen zu erhalten.

Eine gute Uebersicht über die wirkliche Lage der polnischen Arbeiterschaft bietet der Bericht, den der polnische Metallarbeiterverband Anfang August d. J. dem Bureau des Internationalen Metallarbeiterbundes erstattet hat. In dem Bericht wird folgende Ausfertigung:

Die Arbeitslosigkeit ist so ziemlich überwunden. Ende 1918 waren nach dem Statistischen Amt 149 767 Familienköpfe mit 449 300 Angehörigen allgemein arbeitslos. Am 30. 4. 1919 waren 244 025 Familienköpfe mit 680 000 Angehörigen arbeitslos. Mit dieser Zahl ist der Höhepunkt erreicht worden. Unter diesen Zahlen waren die Metallarbeiter von der Arbeitslosigkeit vorübergehend bis ca. 8000 betroffen.

Der Staat hat Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Am 1. 7. 1919 wurde sie auf 5 Wk. herabgesetzt. Vom 27. 12. 1918 bis 30. 6. 1919 haben die Arbeiter von der Staatskasse samt Familien 101 605 181 Wk. bezogen.

Im Jahre 1920 kann von einer akuten Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden. Erst vom März 1921 trat in manchen Betrieben die Arbeitslosigkeit ein. Diese hat aber nichts gemein mit der allgemeinen Welterscheinung, sie ist vielmehr auf die ungenügenden inneren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen sind wesentlich anders als das der Fall ist in andern Staaten. Obwohl die Teuerung für den Fremden ganz ungeheuer erscheinen muß, so ist es doch gelungen, durch die Gewerkschaften die Verdienste so zu regeln, daß die Bedürfnisse der Arbeiterschaft entsprechend den Existenzverhältnissen gestärkt werden. Zum Beispiel: Vereinbarung mit dem Industrieverband für die Stadt Warschau: Minimalverdienst für den Monat Februar 1921 (acht Stunden Arbeitszeit) Samstag 6 Stunden, für 8 Stunden beträgt, für qualifiziertere und verheiratete Arbeiter im W. i. m. um 591.45 Wk., ledige 498.23 Wk.; für Hilfsarbeiter verheiratet 514.30 Wk.; für ledige 418.04 Wk.; Hofarbeiter verheiratete 480.12 Wk.; für ledige 384.74 Wk.; wöchliche verheiratete 420.90 Wk.; ledige 330.38 polnische Wk.; für Jugendliche bis 18 Jahre 241.41 Wk.; Lehrlinge im ersten Jahre 150.65 Wk., im zweiten Jahre 194.31 Wk., im dritten Jahre 272.47 Wk.

Schon im Monat März 1921 wurde infolge weiterer Steigerung der Teuerung der oben angeführte Minimalverdienst um 20,88 Prozent erhöht. Seit diesem Monat hat sich die Teuerung nicht erhöht, erst im Juni l. J. ist die Teuerung wieder hervorgetreten und der Metallarbeiterverband in Warschau hat neuerdings eine 50prozentige Lohnerhöhung verlangt, womit für den Verheirateten der Mindestverdienst für Juli auf 1017 Wk. pro Tag anzuheben war. Die Unternehmer haben schon 20 Prozent bewilligt, jedoch infolge weiterer Steigerung der Lebensmittelpreise wurde das Angebot durch die Arbeiterschaft abgelehnt.

Wenn auch die Wohnung nicht zu teuer ist, so sind die Lebensmittel und andre Bedarfsartikel sehr hoch im Preise. Zum Beispiel kostet ein Kornbrot 100 bis 120 Wk., das Pfund Fleisch (alsch 400 Gramm) kostet 100 Wk., Kartoffeln 1 Pfund 15 Wk., das Ei 12 Wk., Speck das Pfund 200 Wk., ein Anzug 8000 Wk. usw.

Die Verdienste im Afford sind wohl höher als die Minimalverdienste, welche in allen Warschauer Eisen- und Metallfabriken eingehalten werden, und sie steigen auch über 9000 Wk. pro Woche. In den größeren Industriestädten, besonders in Kongreypolen, sind die Verhältnisse gleich, in den andern sind sie besser, aber auch die Verdienste kleiner. Viele Betriebe, besonders in Westgalizien und Schlesien, versorgen die Arbeiter mit Lebensmitteln bei sehr ermäßigten Preisen. Dann sind auch die Verdienste entsprechend niedriger. Fast in allen Fabrikbetrieben in Polen bestehen Kollektivverträge, abgeschlossen mit unserm Verband, und somit haben wir den Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse vollkommen gewonnen.

Im Jahre 1920 waren in Kongreypolen 40 Streiks der Metallarbeiter, an welchen sich 3811 Metallarbeiter beteiligt haben, zusammen mit 21 508 verlorenen Arbeitstagen. In Galizien waren daaeben nur 2 Streiks mit 240 Metallarbeitern und 240 verlorenen Arbeitstagen. Im Polener Gebiet war gar kein Streik zu verzeichnen. Es ist zu bemerken, daß in Kongreypolen die Kommunisten vielfach zu Streiks anstiften, wenn auch die Notwendigkeit dazu nicht vorhanden ist. Der Verbandsvorstand ist bestrebt, die Arbeiter aufzuklären, damit sie nicht unnötig soziale materielle Opfer tragen müssen.

Die sozialen Schutzeinrichtungen in Polen, soweit die Möglichkeit nicht durch politische und Grenzverhältnisse verhindert wurden, gehören zu den fortschrittlichen. Die 46-tägige Arbeitswoche haben wir ab 23. 11. 1918 in ganz Polen. Gesetzliche Ueberstundenarbeit und deren Entlohnung für Sonn- und Feiertagsarbeit von 50 bis 100 Prozent. Die weiblichen Arbeiter dürfen nur zu 40 Ueberstunden im Jahre angehalten werden, Jugendschutz von 14 bis 18 Jahren ist gesetzlich geregelt. Dem Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge sind die Arbeitsinspektoren untergeordnet, welche in allen Konflikten vermitteln und denen der Arbeiterklub in den Fabriken unterstellt ist, wodurch der Arbeiterschaft ziemlich gute Dienste geleistet wurden.

Dem Gesetz nach müssen im ganzen Staat Bezirkskrankenkassen errichtet werden, außer denen keine andern bestehen dürfen. Ueber Staats- und Eisenbahnangestellten müssen alle Arbeiter und Angestellten, sowie Land- und Forstarbeiter, auch das Dienstpersonal versichert werden. Die Versicherung besteht für jede Verdienststufe und ist in 37 Klassen verteilt. Für diejenigen, deren monatlicher Verdienst über 24 000 Wk. steigt, ist die gesetzliche Verdienststufe auf 1000 Wk. pro Tag festgelegt und im Krank-

heitsfälle beziehen sie von dieser Summe 60 Prozent Krankentünderung und vollständige ärztliche Krankenpflege während 30 Wochen und Medikamenten usw. Der Betrag für die Krankentünderung beträgt 5 1/2 Prozent vom Einkommen des Versicherten, wovon 1/2 der Versicherte zahlt und 1/2 der Unternehmer. Dagegen haben in der Verteilung der Krankentünderung die Versicherten 1/2 und die Unternehmer 1/2 Stimmen. Die Familienmitglieder der Versicherten haben gesetzlichen Anspruch auf alle Vorteile der Krankentünderung, außer den Barunterstützungen. Die Unfallversicherung besteht nach dem alten österreichischen Gesetz in Galizien und nach dem Reichsgesetz im westlichen Preußengebiet. Sie wird aber einheitlich für das ganze Land Polen errichtet. Arbeitsamt sowie Fabrikärzte sind in den Grundgesetzen nicht enthalten, da sie die bürgerliche Mehrheit im Parlament abgelehnt hat. Es wird die Sache der Arbeiterschaft sein, daß zu anderer Zeit der Kampf für diese Rechte der Arbeiterschaft aufgenommen wird.

### Die Gärung in der Beamtenschaft

nimmt immer mehr zu. Deutlich kommt dies in folgender Entschiedenheit zum Ausdruck:

Die am 17. Oktober d. J. versammelten Beamten des Ortstarkeles Pannsdorf-Leinzig fordern vom Deutschen Beamtenbund schnelle, durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Teuerungsnote, die unerträglich ist. Wie fordern Angleichung der Gehälter an die Weltmarktpreise.

Die letzte Regelung war außerordentlich kläglich und hat die Organisation nur geschwächt. Alle Beamten stehen wirtschaftlich mitten im Proletariat.

Wenn der Vorstand des DBB nicht die Kraft aufbringen kann, seine Forderungen selbst energisch durchzusetzen, muß er die gesamte organisierte Beamtenenschaft aufrufen zu geschlossener Aktion für eine angemessene Bezahlung und zur Befreiung des Ausbeutens und Wucherstems.

Bei den kommenden Entscheidungen über die neuen Steuern müssen die Beamtenorganisationen mit den Gewerkschaften zusammen ihre Macht voll — bis zum Generalstreik — in die Waagschale werfen. Nur wenn Landwirtschaft, Industrie, Handel, Bank und Börse in gerechter Weise und schnell zu Steuern herangezogen werden — Lohn- und Gehaltsempfänger genügen schon seit langem und überreichlich ihrer Steuerpflicht — können wir zu einer gesunden Finanzwirtschaft kommen.

Der DBB muß im Verein mit allen werktätigen Organisationen die schnelle Durchführung der jetzt geltenden Steuererlasse erzwingen.

Wir erwarten schnelle Hilfe, Durchführung bis spätestens 15. November. Die Erbitterung ist ganz außerordentlich groß. Eine neue Enttäuschung wird vor allem die untere und die mittlere Beamtenenschaft nicht ertragen.

### Unternehmererfretheit.

Die Handels- und Industrie-Zeitung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom Sonnabend, dem 15. Oktober, bringt folgende Notiz:

Stillelegung der Porzellanindustrie. Wie in der gestern in Dresden abgehaltenen Generalversammlung der Porzellanfabrik C. W. Gutheunreuther u. G. in Hohenberg mitgeteilt wurde, wird ausnahmslos in der Porzellanindustrie gestreikt, da unerfüllbare Forderungen seitens der Arbeiterschaft gestellt worden sind, die abgelehnt werden mußten. Infolgedessen haben sich auch die anderen Fabriken mit angeschlossen und die Aussperrung der Arbeiter verfügt. Wiewohl der Streik dauern wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Im übrigen genehmigte die Versammlung die Verteilung von wieder 20 Prozent Dividende auf das erhöhte Aktienkapital.

So ist's recht. Aussperrung und Hunger für die Arbeiter, 20 Prozent Dividende und Schlammleben für die faulenzenden Aktionäre! — Uebrigens, wie hoch mögen die unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter sein? Und dann, schlagen nicht die Unternehmer alle Lohnerhöhungen mit Extraprofit auf die Waren?

### Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe dauert an.

Auch heute sind nur die drei sozialistischen Blätter und die Deutsche Zeitung erschienen.

In einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Wölfe wurde in einem Bericht des Vorsitzenden des Arbeiterrates über den bisherigen Verlauf des Konfliktes erwähnt, daß sowohl das Tarifschiedsgericht als auch das Tarifamt der Buchdrucker die Forderungen des Druckereipersonals des Verlages als unberechtigt erklärt haben. In der Aussprache und in einer Entscheidung wurde das scharfe Vorgehen der Firma, die nicht den Verhandlungsweg beschritten, sondern die Arbeiter fraktionsentlassen habe, scharf verurteilt. Vertreter anderer Druckereien bezeugten ihre Sympathie für die Aussperrten und erklärten, eine geschlossene Front gegen das Unternehmertum bilden zu wollen.

### Teiltreits im Deloniser Kohlenrevier.

Infolge des in Belegschaftsversammlungen gefaßten Beschlusses, mit nichtorganisierten Bergleuten nicht mehr zusammenzuarbeiten, ist am Montag auf verschiedenen Gruben des Deloniser Kohlenreviers ein Streik ausgebrochen.

### Die Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter

ist infolge Annahme des Schiedspruches durch die Arbeiterschaft beendet worden, da auch die Unternehmer den Spruch anerkennen haben.

### Vor dem Eisenbahnerstreik in Amerika.

Es wird gemeldet: Präsident Harding denkt eine Konferenz aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter bei den Eisenbahnen und Amtspersonen zusammenberufen, um den Eisenbahnerstreik zu vermeiden. Die Führer der Eisenbahnen von Chicago hätten sich nach Cleveland begeben, um die Ausführung der Streikforderung im einzelnen zu regeln.

### Ausgang der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei.

Einer Veröffentlichung des Ministeriums für Soziale Fürsorge zufolge erreichte die Arbeitslosigkeit im September ihren tiefsten Stand, da in der ganzen Tschechoslowakei nur 2600 Personen staatliche Unterstützung bezogen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im August 29000, mithin hat sie sich um 3000 verringert.

### Briefkasten der Redaktion.

A. P. 1. Sehen Sie zunächst nach, welche Rechte nach dieser Richtung der Vertrag dem Hauswirt gewährt. Der Vermieter hat nur unter besonderen Umständen, falls vertraglich nichts anderes vereinbart ist, ein Recht zum Betreten der Mietwohnung gegen den Willen des Mieters nämlich nur dann, wenn ein erhebliches Interesse des Vermieters vorliegt. 2. Auch hier ist zunächst der Vertrag maßgebend. In solchen Fällen dient der Hauswirt scharflich dazu verpflichtet sein. 3. Sie brauchen nur das auszuführen, was vertraglich vereinbart ist oder was im allgemeinen üblich ist. 3 Wk. Parteikasse.

A. S., Entrich. Lassen Sie uns eine kurz gehaltene sachliche Richtigstellung zugehen.

A. G. 100. Die Geschwister erben zu gleichen Teilen.

### Berichtungs-Kalender.

Mittwoch den 19. Oktober: Uepp. Alt-Leipzig, Elden, Volkshaus 8 Uhr. Verb. d. Lunnen- und Tuberkulose-Kranken, Volkshaus 7 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgeschickten Inseraten ersichtlich.

Mehl! Werners Elite-Mehl feinstes Weizen-Mehl, Auszugs-Qualität, ist das Beste.



# Ämtliche Bekanntmachungen.

## Engelsdorf.

Die Diensträume der Gemeindeverwaltung — einschließlich Sparrasse, Vorkonzeptsamt und Ständesamt — bleiben wegen Reinigung am Sonnabend, dem 29. Oktober 1921, geschlossen. Lediglich das Ständesamt ist zur Erledigung dringender handbesammlender Angelegenheiten von mittags 12—1 Uhr für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet.  
Der Gemeindevorstand.

**Trennholzverkäuerung.**  
Sonnabend, den 22. Oktober d. J., sollen im Burgauer Revier

250 Lanahäufen meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden. Zusammenkunft: Vormittag 9 Uhr auf dem Mittelwaldschlag im Wäldchen Winkel unweit der Leubach-Wäldchen Brücke.  
Leipzig, 19. 10. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

## Gemeinderatswahl in Liebertwolkwitz.

Die Gemeinderatswahl findet Sonntag, den 13. November 1921, von nachmittags 1 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt. Die aufgestellten Wählerlisten liegen von Donnerstag, den 20. Oktober

1921 bis einschließlich Sonnabend, den 29. Oktober 1921 vormittags von 8—1 Uhr in den im Liebertwolkwitz-Gute befindlichen Verwaltungsräumen zur Einsicht aus. An dem auf den 23. Oktober fallenden Sonntag liegen die Listen von 8—12 Uhr aus.

Einsprüche gegen die Wählerlisten sind vom Tage der Auslegung an bis zum 27. Oktober 1921 bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand schriftlich oder zu Protokoll unter Vorbringung etwaiger Beweismittel zu erheben.

Es sind 15 Gemeindevorteiler zu wählen. Stimms- und wahlberechtigt sind, soweit das Ortsgesetz nicht Ausnahmen vorsieht, alle Männer und Frauen, welche

a) Deutsche sind,  
b) das 20. Lebensjahr vollendet und  
c) am Tage des Abchlusses der Wählerlisten (2. November 1921) im Gemeinbezirk ihren wesentlichen Wohnsitz haben. Personen des Soldatenstandes sind wahlberechtigt, juristische Personen dagegen nicht. Im übrigen wird auf die öffentlichen ortsbüchlichen Anschläge verwiesen. Sie enthalten: Abgrenzung der Wahlbezirke, Bezeichnung der Wahlräume, Namen der Wahlvorsteher und Stellvertreter, Angaben über Fristen zur Einreichung von Wahlvorschlägen usw.  
Liebertwolkwitz, am 17. Oktober 1921.  
Der Gemeindevorstand.

**Zahn-Praxis**  
**G. Leo**  
Grimmaische Str. 27  
Erstklass. Ausführung  
Schonende Behandlung  
Billige Preise. Tel. 9830.

**U.S.P.D. Eilenburg**  
Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Quelle, Genosse Ned. F. i. d. L. Leipzig spricht über die politische Lage. Zahlreichen Besuch erwartet.  
**Patentanwaltbüro Sack,**  
Leipzig, Brühl 2.

Widulich verchied am 18. Oktober unsere herzensliebe  
**Gertrud**  
im Alter von 23 Jahren.  
In tiefem Schmerz  
**Familie Arthur Zötzsche**  
nebst sämtlichen Angehörigen.  
Eventuelle Blumenspenden dankend abgelehnt.

Dank für die unendlich vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den überaus reichen Blumenschmuck bei dem vielzürührenden Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres lieben guten Vaters, des Kriensbeschädigten  
**Karl Ernst**

Trotz steigender Preise verkaufe ich  
**Kleider Blusen Röcke**  
zu überraschend niedrigen Preisen.  
Ein Besuch wird Sie überzeugen. — Elektrische wird vergütet.  
Neuenstraße 23, pt. r.

**Familien-Nachrichten**  
Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß uns Montagnacht sanft und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin  
**Gertrud Igner geb. Zötzsche**  
im blühenden Alter von 23 Jahren 9 Monaten durch den Tod entzogen wurde.  
Leipzig, den 19. Oktober 1921  
Stötterstr. 5, 5. II.  
Dies zeigen schmerzerfüllt an  
**Kurt Igner und Söhne**  
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

**Dankagung.** Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben teuren Mannes,  
**Herrn Gustav Otto Ochernal**  
lage ich allen seinen lieben Verwandten und Freunden meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Firma Max Zahn, seinen lieben Arbeitskollegen, den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Langhammer und den Hausbewohnern. Dank dem Redner der Freidenker für seine trostreichen Worte am Grabe. Dank auch für den reichen Blumenschmuck. Dies alles hat meinem Herzen wohlgetan.  
Leipzig, den 19. Oktober 1921.  
**Mario Ochernal geb. Schatz**  
nebst Hinterbliebenen.  
Geliebt und unvergessen!

**Spezial-Haus**  
für modernen sanitären Bedarf  
**Leipzig**  
Hainstraße 17/79

## Kleiner Anzeiger

**Arbeitsmarkt**  
**Tüchtige Metallformer**  
unter günstigen Bedingungen sofort gesucht  
**Zeus-Industrie :: Chemnitz, Brühl 69.**

**Tüchtige**  
**Bauschlosser u. Zusammenbauer**  
für Eisenkonstruktionen sofort gesucht  
**Eisenbau Schiege A.-G., Paunsdorf-Leipzig.**

**Fabrik-Zimmermann**  
sodort gesucht  
**Eisenbau Schiege A.-G., Paunsdorf-Leipzig.**

Saubere, ehrliche, ältere Aufwartung (Genossin) für vormittags gesucht. Zu melden bei Goltzsche, Rothstraße 70, Gartengebäude, 1 Treppe links.

**Schlosser**  
für Werkzeuge u. Werkzeugmaschinen stellt sofort ein Werkzeugmaschinenfabrik Max Fischer, Borsdorf bei Leipzig  
Vetterer, erfahrener  
**Bauschlosser** sowie  
**Elektronenfeur**  
sodort gesucht  
Paul Stiecher, Marktstr. 11

**Former**  
suchen  
**Goetz & Nestmann**  
Eison-Glosser  
Döner Weg 23

## Arbeiter

für Landwirtschaft werden angenommen. Wilm Neumann, E.-Eutrichstr. 19/21.

**Nedegewandte Frauen**  
zum Hausieren mit Sonja gesucht. Wilhelm Gebirg, Leipzig-Lindenau, Markt 13

**Tüchtige Verkäuferin**  
oder auch freundl. Mädchen, welches sich im Verkauf einschreiben will, in gute Stellung sof. gesucht. W. Angermann, Fischhandl., Penner Str. 22.  
Jüngere zuverlässige Frau od. Mädchen a. Aufwartung für Nachmittags gesucht.  
Ul. Altonaerstr. 11, I. I.  
Kräftiges Schulmädchen zur Aufwartung gesucht.  
Woltkestr. 4, I. rechts.

**Verkäufe**  
1 B. Vannitiefel (Reittiefel), neuwarrantiert, Größe 40/41, 5. pt. Gutz.-Weidenstr. 18, 11.  
1 B. Kattl.-Herrenschuh, fein, wie neu, Nr. 41, Erdau.  
1 B. Remontierbar Neudrn., Mühlstr. 12, pt. r. bei Lorenz.

**Spotbillig!**  
Getragene und neue  
**Ulster**  
**Schlüpfer**  
**Anzüge**  
**Hosen**  
Mittler-  
gestreifte  
schwarze  
Arbeiter-  
nur prima Qualitäten u. a. familiäre Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigen  
**Kanner**  
nur Eisenbahnstr. 5.  
Kohn Füllalon.

**Gelegenheitskäufe!**  
In neuen und getragenen Anzügen, Schlüpfer, Paletots, Ulster, Hosen sowie Damenjacken u. Kinderhosen jeder Art, Leib- und Bettwäsche zu billigen Preisen  
**J. Starck, Sternwartenstr. 1**  
Ede Rohlfach.  
Gebr. Möbel, Nähm. jed. Art billig Ul. Dentschstr. 30, 5.  
Kleider, Tl. Kleider, Bettl. billige Ul. Schmiedestr. 7, pt.  
Bettstelle m. Matr., 1 u. 2 Stk. laub. Federbetten, Teppich billige Zeiser Str. 38, II. I.  
Bettstellen mit Matratzen, Auszugstisch, Spiegel, verkauft Günther, Turnerstr. 19.  
Band., 100 Stk., Ostau, Varil. V. Dur. m. Koff. 750, Müller, Stüts, Pianinier Str. 39, II.  
Nähmasch., aut. nähend, vert. Kappe, Nürnberger Str. 11.

**Kaufgeuche**  
**Kaufe** Herren-Garderobe, Gebrod-Anzüge, Betten, Bett- u. Leibw., Viehhäuser, Militär-Stiefel und Schuhe, Klitt, Kanfische Gasse 6, pt. Strassenbahn b. Battenberg.  
**Gebrod-Anzüge** und alle Herren-Garderobe kauft stets Johannesplatz 8 (b. Kirche) u. Demmeringstr. 72, II. I.  
Sofa, Schaufel, Fdrb., Schrf. Mat. u. Koff. Demmeringstr. 58  
Defette Sofas, Bettl. m. W. H. Könerstr. 10, 5. r. Wehrl.  
**Akkumulatoren** alten u. N. Jeremias, Stötterstr. 22, 5.

**Ziegen Hasen Kanin**  
sowie sämtliche anderen rohen Felle kaufen ständig  
**J. & J. Wagner, Brühl 21, Telephon 9980**

Wir kaufen wieder:  
**altes Papier**  
Leipzig, Hohmannstr. 7.

**Felle kauft**  
Hainische Straße 12.  
Alle Arten rohe u. zugericht.  
**Felle**  
kauft v. Händl. und Privat.  
Habel, Katharinenstr. 17, II.  
Tel. 5119. Fahrstuhl.  
Ganariendogel, 1.4. 2ter. von  
A. Reel Buchh. ff. gel. Off. m.  
Pr. u. S. G. Fil. Sollitzerstr. 19.

**Außerordentlich billig und gut**  
kaufen Sie noch jetzt Ihre sämtlichen **Unterzeuge, Socken, Strümpfe, Handschuhe.** — Einige Beispiele meiner Preiswürdigkeit folgen:  
Herren-Hemden Maco imitiert... 26.50  
Herren-Hemden Maco imitiert... 34.50  
Maco-Hemden starkfädig... 42.50  
Herren-Socken starke Qualität... 4.25  
Schweiss-Socken weiche... 5.50  
Herren-Socken sehr haltbar... 7.75  
Strick-Westen... ab 55.00  
Strick-Wolle in allen Farben... 4.50  
Damen-Jacketts in allen Farben 168.50  
Knaben-Sweaters besonders billig  
Wollgemischte Hemden und Hosen  
**C. Theodor Müller**  
Inhaber Felix Müller  
**Windmühlenstraße 42 Petersstr. 9**

Paletot, guterb., f. 16-18jähr. Burden preisw. zu verkaufen. Antonienstr. 49b, II., Altmann.

**Ausschneiden!**  
**Anzüge**  
Paletots, Schlüpfer Cutaway, Gehrock spottbillig, bar und  
**Teilzahlung!**  
Martin Hahn  
**Johannisplatz 8**  
(hinter d. Kirche) und Demmeringstr. 72, II. I. u. Lange Str. 10, I.

Fahrräder geb. von 440 an, Aufschläuche von 13.50 an, Paulsen von 43 Mt. an, Zubehör z. bill. Tagespreisen  
**Beyer** Handräder 33 Steinweg

**Globin**  
beste Schuh-Krem  
Fritz Schatz jun. AG., Leipzig  
Rosen host. Beer.-Obst. Gärdenbergstr. 5.

**ALT-Platin Kupfer**  
Messing, Blei usw., Quecksilber, Gebisse kaufen, laufend. Off. erb.  
**Schuster & Heise**  
Leipzig, Bayersche Str. 58  
5 Minuten v. Bayr. Bahnhof  
Telephon 15492

**Alt. Gold u. alt. Silber**  
Platin, Ubran, Kotton, Ringo kauft Max Israel, 18. pt. Promenadenstr. 5, 2. ab.

**Gold-, Silber-Platinwaren**  
kauft zum Selbstverbrauch S. Pischurka, Leipzig Altonaer Str. 44, II.  
**Schellert w. Sun**  
Wohl, Briefstr. 33, Tel. 51091.

Gebr. u. def. Nähmasch. kauft Stö. Sommerfeld Str. 21, II. I.  
Dan. u. Hen. u. Mädch.-Korb kauft Eisenbahnstr. 13, 5b, II. r.  
**Zeitungen, Bücher**  
Wisch, Lumpen Neuschabfälle  
**Kupfer, Messing**  
Stei, Zint Eisen, Kassen Felle, Säde kaufen laufend  
**Nadelreich & Kranz**  
Schletterstraße 22, 5of.  
Telephon 1354.  
Kaufierer werden gesucht.

**Zeitungen**  
Bücher, Wochenspiegel, Wein- und Kognakflaschen, Lumpen und Knochen kauft zu Tagespreisen  
**M. REINER**  
L.-Anger, Müllauer Str. 58.

**Felle Reicher**  
all. Art kauft  
Dainstraße 29, II., Tel. 15690  
u. Eisenbahnstr. 69 (Laden).

## Vermischte Anzeigen

**Beijer**  
Schnitte sind die besten!  
Verkauf nach mehr als 2000 neuesten Vorbildern in der Verkaufsstelle Neumarkt 21, Dresden. Hof. gegenüb. Althoff  
Deutsche Schäferhündin (Wolfschäfer) entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben  
Welkenfell, Str. 32, Restaur.

**Steuerbüro Graf**  
Grimmaischer Steinweg 14  
Sprechs. 3-5, Tel. 17484.

**Conrad Müller**  
Schnell-Leipzig  
Leipzig, Markt 13

Leipzig, Leib-Institut für Stad., Gehrod-, Smolting-Anzüge, Zylinderhüte Helau, Altonaerstr. 29 a, I. Ede Zeiser Str., im Bantgeb.

**Delzsachen**  
Umarb., Neuanfert., bill. Sainstr. 29, II., u. Eisenbahnstr. 69 (Lad.). Tel. 15690.  
Hüte sow. Pelzhüte werden modernisiert u. umgearbeit. Kronprinzstr. 31, pt

**Wohnungen**  
West. Herr findet Heim bei alleinstehend. Frau, 40 J. Off. V. 760 Str. b. Bl. Zeiser Str. 32  
Fraulein sucht leere Stube in Plagow-Linden, Off. u. W. Z. Fil. Plagow, Welkenfell, Str. 32  
Laudie m. 3 Zimm., Wohnl. Connew, ga. ar. 4-5 Zimm., I. Vrbith, Connew, Vögn, Dal Off. M. W. Fil. Connew, b. Bl

**Wohnungstausch!**  
1 St., 2 Ka. Kll. u. Juchel Karl-Deine-Str. 83 ges. abbl. od. St. Ka. Kll. u. Zubeit. Co. a. tausch. Entl. Umzugszeit  
Hüb. Vorn. Str. 43, Kol.-Lad